Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 34.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 14. Januar.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Herstellung einer allgemeinen Fernsprecheinrichtung in Posen.

Es liegt in der Absicht, eine allgemeine Fernsprecheinrichtung in Posen herzustellen, sofern sich eine hinreichende Anzahl von Theilnehmern findet.

Um den Umfang des Bedürfnisses festzustellen, werden diejenigen Firmen ꝛc., welche den Anschluß ihrer Geschäftslokale, Fabriken u. s. w. an die Fernsprecheinrichtung hergestellt zu sehen wünschen, aufgefordert, ihre bezüglichen Anmeldungen baldigst an mich einzusenden.

Druckexemplare der „Bedingungen für die Theilnahme an der Fernsprecheinrichtung" werden auf Verlangen kostenfrei abgegeben.

Posen, den 10. Januar 1882.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor.

Tybusch.

Einen Konflikt, ein Königreich um einen Konflikt!

Der k. Erlaß vom 4. d. hat, nachdem die erste Befremdung über das Aktenstück sich gelegt hatte, von liberaler Seite allgemein eine sehr ruhige Würdigung gefunden. Sein erster Theil, welcher die Erläuterung der Verfassungsparagraphen 43 und 44 zum Gegenstand hatte, war überhaupt nicht geeignet, irgend welche Beunruhigung zu erwecken; man wunderte sich höchstens, warum Etwas, das von keiner Seite in Zweifel gestellt worden war, so anscheinend ex abrupto einer besonderen Erläuterung, noch dazu in solcher Form, bedürftig erachtet wurde. Zieht man zu den obigen Verfassungsparagraphen noch den § 45 hinzu, welcher lautet:

„Dem Könige allein steht die vollziehende Gewalt zu. Er ernennt und entläßt die Minister. Er befiehlt die Verkündigung der Gesetze und erläßt die zu deren Ausführung nöthigen Verordnungen."

und bedenkt man, daß auch dieser Paragraph noch von keiner Seite die geringste Anfechtung erfahren hat, so wird man jene Verwunderung noch begreiflicher finden, denn der zuletzt angezogene Paragraph stellt es vollends für Jedermann außer Zweifel, daß der Monarch in oberster Instanz die Politik leitet, und daß unsere Verfassung etwas ganz Anderes ist als der englische Parlamentarismus. Aber freilich unsere Verfassung gestattet die öffentliche Diskutirung der Regierungsakte in Versammlungen, in der Presse und in der Volksvertretung, sie macht die Regierung für ihre Handlungen verantwortlich, und da die Person des Königs nach § 43 unverletzlich und geheiligt ist, so treten in diesem Betracht an die Stelle des Monarchen dessen verantwortliche Minister, gegen welche die Kritik sich richtet, und welche die Verantwortlichkeit tragen. So lange die Minister im Amte sind, sind sie selbstverständlich Organe des königlichen Willens, aber es steht ihnen jederzeit frei, wenn sie diesen Willen nicht vertreten zu können meinen, ihr Amt niederzulegen. Schon in dieser Nothwendigkeit, Minister zu finden, welche den königlichen Willen ausführen, liegt eine Beschränkung der Monarchie in Preußen. Die Minister sind nicht blos einfache, „disziplinirbare", wenn auch sehr hochgestellte Verwaltungsbeamte, wie man die Sache jetzt von der rechten Seite her darstellen möchte. Dafür können wir ebenfalls Bluntschli anführen, auf welchen die „Kreuzztg." sich berufen hat, um die Unrichtigkeit des liberalen Standpunktes darzuthun. Bluntschli schreibt in seiner „Politik als Wissenschaft" Kap. VII. S. 362:

„Verglichen mit der republikanischen Regierungsform bewährt das konstitutionelle Königthum seinen monarchischen Charakter in der dauernden Institution eines Fürsten, der über den Parteien, im Zentrum und auf dem Gipfel des öffentlichen Lebens steht, als anerkannter Regulator das Gleichgewicht der übrigen Faktoren bewahrt, dem Ehrgeiz Einzelner und der Herrschsucht der Parteien eine unübersteigliche Schranke entgegensetzt, den Staat vor heftigen Schwankungen und vor leidenschaftlichen Extremen schützt, der Staatsgewalt Einheit des Willens sichert und den Glanz der staatlichen Würde und Hoheit majestätisch darstellt. Der konstitutionelle König ist keineswegs zu unthätiger Ruhe verurtheilt. Die königliche Initiative ist auch seines Amtes, aber die einseitige, willkürliche Thätigkeit ist ihm versagt, und nur die überlegte mit Verantwortlichkeit verbundene Regierungsthätigkeit in Verbindung mit den Ministern, und nur die Gesetzgebung in Gemeinschaft mit der Volksvertretung gestattet."...

Es sind, wie sich hieraus ergiebt, noch nie und nirgends bei uns in Preußen, seit es eine Verfassung giebt, die monarchischen Prärogative angefochten worden.

Mehr Staub hat der zweite Theil des Erlasses aufgewirbelt, welcher auf die Stellung der Beamten im Staate sich bezog. Die liberale Presse hat sich auch betreffs dieses Theiles in seltener Einmüthigkeit darauf beschränkt, die logischen und praktischen Folgerungen aus den Prämissen des Erlasses zu ziehen, nämlich: kein selbständiger Wähler werde fernerhin seine Stimme einem unmittelbaren Staatsbeamten geben dürfen, und es müßte die Schaffung eines Gesetzes in's Auge gefaßt werden, durch welches den durch den Erlaß berührten Beamten das aktive Wahlrecht entzogen würde.

Im Uebrigen hat die liberale Presse sich auf die Erklärung beschränkt, daß sie nicht im Stande sei, einen bestimmten Anlaß für die k. Botschaft an das Staatsministerium zu entdecken, und daß ihr der Erlaß daher ein schwer begreifliches Ereigniß sei.

Während man diesen also, soweit er Regierungsakt ist, sehr ruhig und gelassen in Diskussion zog und schließlich zu dem sokratischen Schlußresultat gelangte, daß man über Anlaß und Zweck des Aktenstückes Nichts wisse, weiß man um so sicherer, wozu die vereinigten reaktionären Parteien, deren Grenzen sich von der „Post" bis in die offiziöse Presse hineinziehen, den Erlaß in ihrem Parteiinteresse ausbeuten möchten. Ihre Kommentare zu demselben lassen keinen Zweifel darüber zu.

Die Aeußerung, daß man „wieder durch den Konflikt hindurch müsse", — um nämlich zu einer durchgreifenden Reaktion zu gelangen, ist ja von jener Seite schon vor dem Erscheinen des Erlasses in die Welt geschleudert worden; wie kann man sich da wundern, daß die betreffenden Elemente nunmehr den allerdings Aufsehen erregenden Erlaß in ihrem Interesse zu verwerthen suchen!

Der Kürze halber wollen wir uns hier an die „Provinzial-Korrespondenz" halten, welche alles das, was in der „Kreuzztg.", der „Post" ꝛc. zerstreut auftauchte, in ihrem letzten Leitartikel vereinigt hat.

Ihrem Kommentar zufolge ist der Erlaß dadurch nothwendig geworden, daß in „Reichstag und Presse von Neuem die „Frage" aufgeworfen worden, ob der König von Preußen noch das Recht seiner persönlichen Meinung habe", daß „der radilale Liberalismus gegenwärtig die Zeit für gekommen erachte, die alten Bestrebungen nach Erweiterung der Rechte und der Macht des Parlaments zu erneuern und zu verwirklichen". Darum „schien es dem Monarchen an der Zeit, die parlamentarischen Zwirnsfäden, mit welchen man seine Stellung einzuschränken und zu vernichten droht, durch einen kräftigen Hinweis auf den Beruf des Monarchen, wie er im Volksbewußtsein lebt, zu zerreißen".

Natürlich hütet sich die „Prov.-Korresp." Beispiele für ihre bodenlosen Anschuldigungen beizubringen; es existiren eben keine. Wohl aber ist Ueberfluß an Exempeln vorhanden, daß von ganz anderer Seite der Bestand des verfassungsmäßigen Rechtes in Frage gestellt wurde. Die offiziöse und konservative Presse gefällt sich schon lange in maßlosen Ausfällen gegen die konstitutionellen Einrichtungen und insbesondere gegen die Volksvertretungen. Ihre Aeußerungen, Behauptungen und Urtheile nach dieser Seite hin können nur bezwecken, das Ansehen der Volksvertretung zu untergraben. Auch Gesetzesvorlagen wurden gemacht, deren Wirkung nach weitverbreiteter Ueberzeugung nur die sein könnte, die Bedeutung der Volksvertretungen, ihre Stellung im Staate zu schwächen und herabzumindern. Wir erinnern nur an das sogenannte „Maulkorbgesetz", die zweijährigen Budgetperioden in Verbindung mit Volkswirthschaftsrath ꝛc.

Liest man die heutigen Expektorationen der reaktionären Presse gegen die Liberalen in Verbindung mit ihren Kommentaren zu dem Erlasse, so denkt man unwillkürlich an die Fabel vom Wolf und Lamm, welche aus einem Bache tranken (womit wir die Liberalen freilich nicht schlechtweg mit einer so unstreitfertigen Kreatur verglichen haben wollen, wie ein Lamm ist). oder an den Vers:

„Quis tulerit Gracchos de seditione querentes!"

Das Verfahren der bezeichneten Presse ist in der That ein total durchsichtiges. Sie wünschen den Verfassungskonflikt, von welchem sie ein Gedeihen des reaktionären Weizens erhoffen; darum jammern sie über liberale Angriffe auf den Bestand der Verfassung, schreien, daß sie geschlagen würden, während sie selbst den Knittel wider die Gegner schwingen. Sie befolgen damit dieselbe Praxis wie der die Fremden hassende süße Pöbel in den inneren Provinzen Chinas. Wie Graf Szechenyi in seiner Reisebeschreibung erzählt, reizt und insultirt dieser Pöbel die Fremden, die ihm zu Gesicht kommen, unausgesetzt, um einen derselben zu einer Erwiderung, einem Schlage zu veranlassen. Erfolgt letzterer, so ertönt das allgemeine Jammergeheul, die Fremden hätten einen Chinesen geschlagen, und es erfolgt das Gewünschte: die Masse zerreißt, um das Verbrechen zu sühnen, die Fremden.

Ganz nach diesem Rezepte verfährt die reaktionäre Presse. Sie häuft auf die Liberalen einen Wust von Insulten und ungerechtfertigten Beschuldigungen, sie reizt sie auf jede Weise, nur um sie zu ebenso erbitterten Erwiderungen zu bewegen und auf diesem Wege die allgemeine Stimmung in jene Spannung zu bringen, in welcher Konflikte zu zeitigen pflegen. Ihr schöner Plan wird ihr hoffentlich nicht gelingen; dazu sind ihre Angriffe zu thöricht und ihre gefährlichen Absichten zu notorisch. Die Wirkung wird vielmehr eine gegentheilige sein: die liberale Presse wird die ferneren Herausforderungen von jener Seite hoffentlich vornehm ignoriren, und dieselben werden dann nur als Propaganda für den Liberalismus wirken. Letzteres zeigt sich schon an einigen erfreulichen Symptomen. So ist, wie wir schon einmal hervorhoben, sogar der „Schwäb. Merk.", ein Blatt, das aus Furcht vor kleinstaatlich-partikularistischen Velleitäten ganz in das Netz der „neuen Aera" gerathen war, durch das Treiben in der reaktionären Hexenküche wieder stutzig geworden und steht auf dem Sprunge, nach dieser Seite hin die Freundschaft zu kündigen.

Die liberale Presse hat also allen Grund, dem wüsten Treiben auf der anderen Seite ruhig zuzusehen und bei ihrer politischen Arbeit nur ganz gelegentlich und von oben herab von demselben Notiz zu nehmen. Die Antwort auf dasselbe muß das Volk geben und zwar bei allen kommenden Wahlen. Hierauf ist die ganze liberale Kraft zu konzentriren.

Inzwischen kommt es ja uns, den Liberalen, zu gute, daß in der That die oberste Entscheidung im Willen des Monarchen liegt. Er steht thurmhoch über jenem Treiben; an seinem Willen werden die durch dasselbe vermeintlich geförderten Pläne einen unerschütterlichen Damm finden.

[Die Entscheidung über den Antrag Windthorst.] Die wenig erfreuliche zweitägige Debatte über den Antrag Windthorst ist zu Ende. Letzteres war noch unerfreulicher als die Debatte, denn der Antrag wurde angenommen. Freilich bestand die Majorität keineswegs aus lauter Freunden des Zentrums; im Gegentheil, Virchows Erklärung wirkte auch auf die Gegner des Antrags wenigstens insofern beruhigend, als sie die Gewißheit giebt, daß die Fortschrittspartei für den Kern der Maigesetze, also Vorbildung der Geistlichen ꝛc. stets eintreten wird. Die Gefahr, welche unserer Ueberzeugung nach auf dem mit der gestrigen Abstimmung betretenen Wege überhaupt, wie in der allgemeinen Auflösung der bisherigen Schlachtreihe liegt, wird dadurch allerdings nicht beseitigt, auch können wir an die Wunderkraft des von links her angepriesenen Rezeptes „radikale Trennung von Kirche und Staat" nicht glauben, solange eben die römische Kirche als gewaltige, einheitlich geleitete politische Organisation noch besteht, ganz abgesehen davon, daß dieser ganze Vorschlag lediglich Phrase ist, weil zu dessen Durchführung in absehbarer Zeit absolut keine Aussicht vorhanden ist. Im Uebrigen erscheint der von Windthorst angeschlagene Jubel, der natürlich in der ultramontanen Presse ein lautes Echo finden wird, doch noch verfrüht, jedenfalls übertrieben. Als bemerkenswerthes Moment heben wir das Verhalten des Regierungskommissars v. Bötticher hervor, welcher sich außer Stand erklärte, über die Stellung der Reichsregierung zu dem Antrage Aufklärung zu geben, da diese noch nicht in der Lage gewesen sei, sich schlüssig zu machen; sie müsse erst abwarten, was der Reichstag beschließe. In anderen ähnlichen Fällen ist die Regierung weit entfernt gewesen von solcher zeremoniösen Zurückhaltung; der Grund ihres Schweigens dürfte also vielleicht noch ein anderer, weniger erfreulicher gewesen sein. Ueber die schweigsame Assistenz des früheren Kultusministers Falk bei der Debatte vergleiche man unsere letzte berliner ☾-Korrespondenz. Die Parteiorgane der Liberalen Vereinigung und der Nationalliberalen äußern sich zu der Sache wie folgt:

Die „Lib. Korresp." schreibt:

„Die Verhandlungen über den Antrag Windthorst im Reichstage haben eine Ausdehnung gewonnen, welche der Bedeutung der Frage, ob auf Antrag des Zentrums und durch eine Initiative des Reichstags das Gesetz vom 4. Mai 1874 zurückgenommen werden soll, nicht entspricht. Das Gesetz steht zunächst in engster Verbindung mit den preußischen Maigesetzen und wird durch die dem preußischen Landtage zustehende Beschlußfassung über die Abänderung oder gar Aufhebung derselben nothwendiger Weise berührt. Irgend welche Gründe für die sofortige Aufhebung des Gesetzes sind von keiner Seite beigebracht worden. Thatsächlich sind die Bestimmungen schon seit einer Reihe von Jahren nicht mehr zur Anwendung gelangt, aus dem sehr einfachen Grunde, weil die durch richterliches Urtheil abgesetzten katholischen Geistlichen darauf verzichtet haben, im Widerspruch mit den Staatsgesetzen amtliche Funktionen auszuüben, und weil selbst der kirchliche Gerichtshof keine Veranlassung mehr gefunden hat, gegen katholische Geistliche auf Amtsentsetzung oder auf Grund des Juligesetzes auf Unfähigkeit zur Bekleidung des geistlichen Amtes zu erkennen. Das Gesetz ist im Jahre 1874 auf Antrag der preußischen Regierung und behufs einer weniger aufreizenden Ausführung der Maigesetze erlassen worden; die Lage der kirchenpolitischen Gesetzgebung in Preußen bietet heute keinerlei Anlaß, das Reichsgesetz aufzuheben. Daß nach Beseitigung des Gesetzes den seelsorgerischen Bedürfnissen auch nur einer einzigen katholischen Gemeinde besser entsprochen

werden könne als bisher, kann Niemand behaupten; sollten abgesetzte Geistliche geistliche Amtshandlungen vornehmen, so würden nach den in Kraft bleibenden preußischen Gesetzen an die Stelle der Ortsverweisung Haft- oder Geldstrafen treten. In dem Sinne des Abgeordneten Windthorst, daß mit dem Votum für die sofortige Aufhebung dieses Gesetzes ein Urtheil über die wesentlichen Bestimmungen der Maigesetze gesprochen sei und gesprochen werden solle, ist der Antrag Windthorst auch von fortschrittlicher Seite nicht befürwortet worden. Die Ansichten über das Maß und die Modalitäten einer Revision der preußischen Maigesetze sind, wie die Verhandlungen im Reichstage zeigen, noch sehr wenig geklärt; aber selbst von dem äußersten Standpunkte aus ist versichert worden, der positive Kern der Gesetzgebung dürfe nicht angetastet werden. Insoweit ist also ein freilich wenig präzisirtes Einverständniß vorhanden. Um so bedauerlicher ist es, daß die Verständigung über eine, die prinzipielle Ablehnung des Antrags Windthorst motivirende Tagesordnung, welche zwischen der liberalen Vereinigung und der nationalliberalen Partei herbeigeführt worden ist, auf einen erheblichen Theil der Fortschrittspartei aus nahe liegenden Gründen nicht ausgedehnt werden konnte. Daß das Gesetz vom 4. Mai 1874 eine dauernde Berechtigung nicht hat, ist schon durch die Tagesordnung ausgedrückt; nach erfolgter Ablehnung derselben mußte es den Einzelnen überlassen werden, ob sie dieser Auffassung auch noch durch ein direktes Votum für den Antrag Windthorst Ausdruck zu geben für angezeigt erachteten oder sich mit Rücksicht auf die völlig dunkele Lage der kirchenpolitischen Frage in Preußen einer positiven Aussprache enthalten wollten."

Die „N. L. C." spricht sich folgendermaßen aus:

„Die Zeit scheint immer näher zu kommen, wo die Maigesetze auf den Abbruch versteigert werden. Die Nationalliberalen allein können sie nicht aufrecht erhalten, und von rechts und links beeilt man sich, der Regierung noch zuvorzukommen, um die Wünsche der Ultramontanen zu befriedigen und das Zentrum bei guter Laune zu halten. Man hat ja von rechts und links die Unterstützung der Ultramontanen bei den Wahlen angenommen und gesucht, und wer weiß, wie bald man sie wieder gebrauchen kann. Wahlpolitik ist es, was die Stellung der Parteien zu diesen Fragen bestimmt. Beschämend und betrübend ist der Anblick, wie heute dem Zentrum von rechts und links geschmeichelt wird, welch beherrschende Stellung es im Parlament einnimmt, wie Herr Windthorst zum eigentlichen Mann der Situation geworden ist. Das Triumphlied, welches die „Germania" über den Verlauf der jüngsten kirchenpolitischen Debatte anstimmt, ist sehr bezeichnend für die Lage.

„Was uns," sagt das leitende ultramontane Blatt, „mit ganz besonderer Genugthuung erfüllt, ist der Umschwung in den Anschauungen der Parteien über den Kulturkampf .... Man wird aus den Verhandlungen die Ueberzeugung geschöpft haben, daß die Vertreter der Nation, mit geringen Ausnahmen, Ekel vor dem wüsten Kampfe empfinden und dessen Beseitigung im Interesse der Wohlfahrt und der Machtstellung des Reiches dringend wünschen."

Wer möchte leugnen, daß das Zentrum alle Ursache zum Triumph hat! Wir können der ultramontanen Auffassung nicht unrecht geben, wenn sie zu dem Schluß kommt, daß nicht über das einzelne Gesetz von 1874 abgestimmt worden ist, sondern über das ganze System der Maigesetzgebung. Der Redner der Fortschrittspartei, Virchow, fühlte auch durch, daß die Zustimmung zu dem Antrag Windthorst, wenn nicht diese Bedeutung habe, so doch diese Auslegung erfahren werde, und verwahrte sich ausdrücklich dagegen, daß die Abstimmung seiner Parteigenossen der Stellung zu den Kernpunkten der Maigesetzgebung präjudizire. Er versicherte, an den letzteren festhalten zu wollen. Wir glauben aber, diese Abstimmung wird viel weitere Konsequenzen ziehen, als die Fortschrittspartei will und beabsichtigt. Ultramontane Redner und Blätter rufen ins Land hinaus, die Zustimmung zu dem Antrag Windthorst bedeute das Eingeständniß eines gründlichen und schweren Irrthums, das Bekenntniß der Reue und des Vorsatzes, alle aus diesem Irrthum hervorgegangenen Folgen wieder gut zu machen, die Lossagung von den Grundsätzen der Gesetzgebung Falk's, dessen Staatskunst, wie die „Germania" sagt, soeben öffentlich vor dem Reiche verurtheilt worden ist, mit einem Wort, die Beendigung des Kulturkampfes nach den Wünschen des Zentrums. Wenn diejenigen, die außer dem Zentrum dem Antrag Windthorst zugestimmt haben, diese Deutung nicht aufkommen und sich festsetzen lassen wollen, so müssen sie jetzt ungesäumt bestimmteste Erklärungen abgeben, inwieweit sie die Grundlagen dieser Gesetzgebung, aus der sie einen Stein haben ausbrechen helfen, unter allen Umständen festzuhalten gedenken; sie müssen ein klares und positives kirchenpolitisches Programm aufstellen; mit allgemeinen Phrasen reicht man jetzt nicht mehr aus. Je mehr die jüngste Haltung der Fortschrittspartei zu Mißdeutungen und vielleicht übertriebenen Besorgnissen Anlaß giebt, um so mehr hat sie die Pflicht, unzweideutig zu erklären, welche Lösung der kirchenpolitischen Frage sie erstrebt und welche konkreten Gesetzbestimmungen sie für unantastbare Errungenschaften des großen Kampfes hält."

Deutschland.

+ **Berlin,** 12. Januar. [Der Erlaß vom 4. Frühjahrssession des Reichstags.] In der Presse findet sich die Nachricht, daß der Allerhöchste Erlaß vom 4. Januar noch zum Gegenstande einer Erörterung im Reichstage gemacht werden solle. Von einer besonderen parlamentarischen Verhandlung über den Gegenstand kann indeß wohl schon deshalb keine Rede sein, weil dem Reichstage eine entsprechende Vorlage, bis jetzt wenigstens, nicht gemacht worden ist. Dagegen ist es selbstverständlich, daß die in dem Erlaß aufgestellte Theorie von der Stellung der Beamten gegenüber den Wahlen bei den Debatten über die Wahlprüfungen, bezw. bei der Berathung des Berichts über die Wahlunregelmäßigkeiten, mit welchen die Wahlprüfungskommission beauftragt ist, beleuchtet werden wird. — Wie ich erfahren, hat der Reichskanzler während eines bei ihm stattgehabten Diners einigen Abgeordneten gegenüber geäußert, daß endgiltig für dieses Frühjahr eine Fortsetzung der Session des Reichstags in Aussicht genommen ist. Demselben werden die auf das Tabaksmonopol resp. die Erhöhung der Gewichtssteuer bezüglichen Vorlagen und außerdem noch andere sozialpolitische Entwürfe, z. B. das verbesserte Unfallgesetz, zugehen.

— Voraussichtlich wird gegen den preußischen Etatsposten behufs Wiederherstellung geregelter diplomatischer Beziehungen zum Vatikan eine bedeutende Minorität, zusammengesetzt aus den liberalen Fraktionen, stimmen. In liberalen Abgeordnetenkreisen wird gegen die geplante Wiedererrichtung einer preußischen Gesandtschaft beim römischen Stuhle Folgendes angeführt: 1. Zur Herstellung eines modus vivendi zwischen Staat und Kirche ist die Wiederherstellung geregelter Beziehungen zum Vatikan nicht unbedingt nothwendig, und wenn der Staat Baden mit seiner zu Zweidritteln katholischen Bevölkerung ohne eine diplomatische Vertretung beim Papste auskommen kann, so wird auch Preußen die hauptsächlich seine katholischen Unterthanen angehende Verbindung mit Rom ohne eine förmliche Gesandtschaft mit Rom besorgen lassen können. 2. Die Errichtung einer preußischen Gesandtschaft beim Vatikan würde dem Sinn und Geiste der Reichsverfassung widersprechen und außerdem den deutschen Einzelstaaten, welche noch Spezialgesandte an auswärtigen Höfen haben, gleichsam das Recht verleihen, diese Spezialvertretung für alle Zeiten beizubehalten, ja sogar noch neue Spezial-Gesandtschaften zu errichten. 3. Die Wiedererrichtung einer preußischen Gesandtschaft beim Vatikan würde nicht den Regeln des Völkerrechts entsprechen, da Gesandte nur bei souverainen Staatsoberhäuptern zu akkreditiren sind.

— Die „Magd. Ztg" knüpft an den Ausgang der Reichstagsverhandlungen über den Antrag Windthorst folgende Bemerkungen:

„Hilft es, die Augen zu verschließen und sich selber über den Erfolg des Zentrums zu täuschen? Fassen wir diese beiden Verhandlungstage zusammen, so müssen wir mit Schmerz bekennen: es sind keine Ehrentage in unserer Geschichte. Wir sehen das neuaufgerichtete Reich in dem Kampfe gegen Rom erliegen, die Gesetzgebung einer mächtig bewegten, kraftbewußten Zeit haltlos dem Punkte zutreiben, wo sie am Felsen Petri zerschellt. Windthorst als Triumphator, die Schützer der Staatsrechte in Zerfahrenheit, theilweise in voller Deroute und Fahnenflucht. Wir sind keinen Augenblick im Zweifel, wo die Schuld an dieser ganzen traurigen Situation zu suchen ist: bei Denen, welche begonnen haben, aus dem kostbaren Material der kirchenpolitischen Gesetzgebung die Scheidemünze zu schlagen für die Bedürfnisse ihres politischen Markts!"

— Auf die dem Kaiser vorliegenden Vorschläge über die anderweitige Verwendung des Grafen Eulenburg, hat der Kaiser, wie die „N.-Z." vernimmt, Entschließung dahin gefaßt, daß Graf Eulenburg in seinen gegenwärtigen Stellungen als Vize-Oberzeremonienmeister und Hofmarschall des Kronprinzen zunächst bis zu der im Januar k. J. stattfindenden silbernen Hochzeit des kronprinzlichen Paares verbleibt.

— Der Bischof Dr. Kopp stattete im Laufe des gestrigen Tages außer den Ministern auch den Obersten-Hofchargen Besuche ab. Heute früh hat derselbe in der hiesigen katholischen St. Hedwigskirche wieder die Messe gelesen, und beabsichtigt dasselbe auch morgen früh zu thun. Heute Mittag 1 Uhr wurde Bischof Dr. Kopp in Beisein des Kultusministers Dr. von Goßler von Sr. Majestät dem Kaiser und demnächst auch von Ihrer Majestät der Kaiserin empfangen. Nachmittags 4½ Uhr ist derselbe nach dem kronprinzlichen Palais befohlen und um 5½ Uhr folgt er dann einer Einladung des Staatsministers von Bötticher zum Diner. So weit bis jetzt bekannt, gedenkt Bischof Dr. Kopp am Sonnabend nach Fulda zurückzukehren. — Wie die „N. Z." hört, hat der Bischof über die Besprechungen, welche er hier mit den Vertretern der Regierung gehabt hat, sich sehr befriedigt geäußert. Auf die klerikalen Kirchenpolitiker hat diese Befriedigung sich jedoch nicht übertragen, sei es, daß nähere Beziehungen zwischen diesen und den neuen Bischöfen von den letzteren absichtlich nicht gepflogen werden, sei es, daß die Zusicherungen der Minister an die neuen Bischöfe, speziell an Herrn Dr. Kopp, Angelegenheiten betreffen, für welche die Zentrumspolitiker sich weniger interessiren, als für parlamentarische Triumphe. Damit, sagt die „Nat.-Ztg.", würde die im Reichstage verbreitete Nachricht, daß die kirchenpolitische Landtagsvorlage wenig nach dem Geschmack des Zentrums sei, übereinstimmen und mit dieser Nachricht wieder die heutigen mißtrauischen Aeußerungen des Abg. Windthorst gegen die Regierung. — Die „Germania" versäumt nicht, in ihrem Berichte über die gestrige Audienz des Bischofs im kaiserlichen Palais zu erwähnen, daß der Doppelposten vor dem Bischofe das Gewehr präsentirt habe.

— Der „Frankf. Ztg." wird geschrieben, daß der bekannte nationalliberale Reichs- und Landtags-Abgeordnete Geh. Reg.-Rath Jacobi in Liegnitz seine Entlassung aus dem Staatsdienste im Hinblick auf die vom Minister v. Puttkamer abgegebene Erklärung betreffs des von den Beamten bei den Wahlen einzunehmenden Verhaltens gegeben, und dieses Entlassungsgesuch hierauf begründet.

— Nach der dem Reichstage zugegangenen Wahlstatistik vom 27. Oktober d. J. betrug im deutschen Reiche bei einer Bevölkerungszahl von 45,234,061 und einem Prozentsatz von 62,6 evangelischer und 35,9 römisch-katholischer Bevölkerung die Anzahl der Wähler 9,090,381. Die Anzahl der abgegebenen Stimmen betrug, und zwar bei den ersten Wahlen 5,097,760, bei den entscheidenden Wahlen 5,301,784. Bei letzteren waren ungiltig 23 551; von den giltigen Stimmen fielen auf die Deutschkonservativen (alle Angaben auf die entscheidenden Wahlen bezogen) 807,202, Reichspartei 393 529, Liberale ohne nähere Bezeichnung 142,341, Nationalliberale 696,120, liberale Vereinigung 466,406, Fortschrittspartei 721,755, Zentrum 1,149,449, Polen 196,471, Sozialdemokraten 335,307, Volkspartei 119,777, Welfen und Autonomisten 94,409, Elsässer 150,119, Dänen 15,983, unbestimmt 744, zersplittert

Im Unglück stark.

Roman nach dem Englischen frei bearbeitet von G. Sternau.

(1. Fortsetzung)

2. Kapitel.

Mr. William Wirtlow, Güter- und Häuseragent, bevollmächtigter Auktionator und Taxator, 4 Hochstraße, Clingford, saß in seinem Staatszimmer vor dem Kamin und erwartete das Vergnügen, Miß Shaldon bei sich zu sehen. Die altmodische Stutzuhr in dem Mahagony-Gehäuse, die auf dem Kaminsimse stand, hatte schon halb Acht geschlagen, ein Beweis, daß Miß Shaldon eine junge Dame sei, die leider wenig an Pünktlichkeit gewöhnt war, die man unstreitig doch stets dem schönen Geschlecht zuzuschreiben pflegt. Um ein Viertel vor Acht steckte ein frisches, braunlockiges Mädchen von etwa 17 Jahren ihr Köpfchen durch die Thür und lachte ihrem Bruder vergnügt zu.

„Nun, wie steht es jetzt um diese wundersame Miß Shaldon, William?" fragte sie neckisch.

„Es ist albern", erwiderte er, „aber ich gebe die Hoffnung noch nicht auf, daß sie kommen werde."

„Vielleicht hat sie es aufgegeben?"

„Laß mich in Ruh', Polly!" sagte Wirtlow gereizt. „Ich wünsche ungestört zu bleiben! Ich wollte, ich hätte Dir nichts von der ganzen Geschichte erzählt."

„Wie ungnädig wir sind", entgegnete Miß Wirtlow, ihr Köpfchen zurückziehend und die Thür etwas unsanft schließend.

„Dem Himmel sei Dank, daß ich wenigstens ein Depositum habe," sagte der Auktionator, der jetzt wieder ungestört seinen Gedanken nachhängen konnte. Als die Uhr Acht schlug, zog er die Banknote aus der Tasche und unterwarf sie einer genauen Prüfung. An deren Echtheit war nicht zu zweifeln, so weit war Alles in Ordnung, aber was blieb ihm zunächst zu thun übrig, wenn Miß Shaldon nach London abgereist war, ohne vorher mit ihm Rücksprache genommen zu haben? In großer Aufregung und Unruhe ging er im Zimmer umher, setzte sich bald auf diesen, bald auf jenen Stuhl, nahm die Zeitung zur Hand, warf sie aber bald wieder zur Seite, denn es war ihm unmöglich, dem Inhalt derselben seine Aufmerksamkeit zuzuwenden.

„Es ist sehr unangenehm," sagte er, am Fenster stehend, dessen Vorhang halb zurückgeschoben war. „Ich möchte nur wissen, wo sie eigentlich steckt?"

Die Fenster des sogenannten Staatszimmers gingen nach der Hochstraße hinaus, die, nur spärlich erleuchtet, zu dieser Stunde öde und menschenleer war. Die Nacht war trübe und dunkel, und als er sein Gesicht den Scheiben näherte, bemerkte er, daß leichte Schneeflocken, die Vorboten eines nahenden Wintersturmes, quer über die Straße trieben.

„Es ist zwar kein angenehmes Wetter heute Abend, aber Geschäft ist Geschäft", murmelte er in sich hinein. „Wenn ich wüßte, wo sie sich aufhält, so würde ich —"

Mr. Wirtlow sprang erschrocken zurück, als eine große, unbehandschuhte Hand plötzlich und mit erstaunlicher Geschwindigkeit mit den Nägeln gegen die Scheibe trommelte, durch welche er soeben hinausgeschaut. Ehe er sich noch von seinem Schreck erholen konnte, drückte sich ein dunkles, strenges Gesicht von außen her gegen das Glas, und der Auktionator erkannte jetzt die Frau, welche am Nachmittage Miß Shaldon begleitet hatte.

„Lassen Sie mich ein", hörte er sie sagen, und dem Befehle folgend, ging er hinaus in den engen Hausgang, öffnete die Hausthür und ließ die Frau ein.

Mr. Wirtlow lugte begierig über ihre Schulter hinweg, ob nicht Miß Shaldon ihr folge, allein Niemand war zu sehen. Dies befriedigte ihn durchaus nicht, und als sie eingetreten war, schaute er noch einmal in die Straße hinaus.

„Erwarten Sie noch Jemand?" fragte sie mit schnarrender Stimme.

„Ihre Herrin", erwiderte er, „ist sie, ist sie nicht —"

„Nein, sie ist nicht mitgekommen."

Wirtlow schloß die Thür und führte die Frau in das Zimmer, welches er eben verlassen hatte. Er schob ihr einen Stuhl hin und lud sie ein, sich niederzulassen. Sie folgte seiner Einladung, indem sie sich mit solcher Gewalt auf den Stuhl fallen ließ, daß derselbe in allen Fugen krachte. Als er sie ansah, wie sie vor dem Kamin saß, beleuchtet von dem Lichte der Gasflamme, erstaunte er über ihre ungewöhnliche Größe, ihre eckigen Bewegungen und ihre Häßlichkeit. Sie hätte ganz gut für einen verkleideten Mann gelten können, wenn nicht ein gewisser Ausdruck, der schwer zu beschreiben, aber unendlich weiblich war, trotz ihrer ausgesuchten Häßlichkeit in ihren Zügen vorgeherrscht hätte. Sie war auch älter, wie er erst vermuthet hatte, denn als sie den Hut zurückschob, gleichsam um freier athmen zu können, eine Gewohnheit, die den meisten Frauen der niederen Klassen eigen, bemerkte er, daß ihr Haar schneeweiß war. Der Blick, welchen er auf ihr Haar warf, schien ihr Mißfallen zu erregen, denn sie sagte verdrossen:

„Kümmern Sie sich nicht darum, ich kann's nicht ändern."

„Entschuldigen Sie, ich suchte nur zu errathen —"

„Ob das Alter oder der Kummer mein Haar gebleicht?" sagte sie rasch. „Nehmen wir an, es sei der Kummer gewesen. Doch jetzt zur Sache."

„Natürlich."

„Ich hatte einige Schwierigkeit, Sie zu finden," begann die Frau. „Nach Einbruch der Dunkelheit ist die Straße hier wie ausgestorben."

„Sie ist freilich etwas öde, aber mein Name steht auf dem Messingschilde an der Thür."

„Ich sah es nicht, mochte auch nicht fragen," erwiderte sie. „Ich bin gekommen, Ihnen zu sagen, daß meine Herrin — Sie hatten Recht, zu vermuthen, daß sie meine Herrin ist — Sie zu sprechen wünscht. Sie ist im Gasthof zum Bullen."

„Also dort ist Miß Shaldon? Ich fürchtete schon, sie habe Clingford mit dem Zuge um acht Uhr verlassen."

„Sie wird Clingford gar nicht verlassen."

„Ich werde mich glücklich schätzen, Miß Shaldon meine Aufwartung zu machen," sagte Mr. Wirtlow sehr höflich, denn Miß Shaldon war reich und es konnte ja möglich sein, daß sie ihn mit der Führung ihrer Geschäfte betraute.

„Ich hoffe, Miß Shaldon hat mich nicht erwartet. Ich glaube sicher verstanden zu haben, daß sie bei mir vorsprechen wolle auf ihrem Wege nach —"

„London. So war es auch. Aber sie hat ihren Entschluß geändert."

„Ihren Entschluß geändert?" Der Auktionator fühlte seine Unruhe wieder erwachen. Wenn Miß Shaldon so wankelmüthig in ihren Entschlüssen war, konnte sie da nicht möglicherweise in Bezug auf die Besitzung Weddercombe anderen Sinnes geworden sein und ihr Depositum zurückverlangen? Er war zwar äußerst zuvorkommender und nachgiebiger Natur, aber was diesen Punkt anbelangte, war er fest entschlossen, nicht zu wanken.

12,172. — Auf 100 Einwohner kommen Wahlberechtigte 20,1, auf 100 Wahlberechtigte 58,6 abgegebene Stimmzettel, auf 100 Stimmzettel sind ungiltig 0,4. Von 100 giltigen Stimmen sind gefallen auf Kandidaten der Deutschkonservativen 15,2, der Reichspartei 7,4, der Liberalen ohne nähere Bezeichnung 2,7, der Nationalliberalen 13,1, liberale Vereinigung 8,8, Fortschrittspartei 13,6, Zentrum 21,7, Polen 3,7, Sozialdemokraten 6,3, Volkspartei 2,3, Welfen rc. 1,8, Elsässer 2,9, Dänen 0,3 zersplittert 0,2. Der Prozentsatz der sämmtlichen abgegebenen gültigen Stimmen für die Kandidaten der Majorität beträgt 64,5, der Prozentsatz der Wahlberechtigten 37,6.

— Die Petitions-Kommission des Reichstages beschäftigte sich heute mit den gegen die Vivisektion gerichteten Petitionen; als Referent fungirte Abg. Dr. Hüter, als Korreferent v. Bönninghausen. Die Abgeordneten v. Manteuffel, Retter, Dr. Thilenius und v. Koller sprachen sich im Interesse der Wissenschaft für die Ausführung der Vivisektion aus. Vom Abgeordneten Reininger (Würtemberg) wurde der Antrag gestellt, den Reichskanzler zu ersuchen, eine gesetzliche Bestimmung dahin gehend zu treffen, daß Vivisektionen, welche mit Qualen für das Versuchs-Objekt verbunden sind, ohne daß sie ernsten wissenschaftlichen Zwecken dienen, mit einer Geldstrafe von 600 M. oder entsprechender Gefängnißstrafe belegt werden. Dieser Antrag wurde mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt und mit derselben Stimmenzahl der Antrag des Referenten auf Verwerfung der Petitionen angenommen, jedoch mit dem Beschluß, die Angelegenheit vor das Plenum des Reichstages zu bringen.

— Die Gesellschaft Barmer Wirthe hat sich mit einer eingehenden Petition um Regelung des Gast- und Schankwirthschaftswesens an den Reichstag gewandt. Es kehren in derselben die allgemeinen Klagen über die polizeiliche Handhabung der Konzessionsschraube und die im Verhältnisse zu den Rechten der Wirthe ungleiche Besteuerung, über Strafanzeigen wegen Branntweins-Ausschanks und endlich über die Konkurrenz der Bierverleger wieder. Die Petenten kommen auf folgende Forderungen hinaus: 1) daß alle Wirthschafts-Konzessionen in Bezug auf die Verabreichung von Speisen und Getränken unbeschränkt und in vollem Umfange ertheilt werden; 2) daß der Detailverkauf in Maßen und Flaschen, sei es Branntwein oder Bier, nur den Wirthschaften gestattet sei; 3) daß die Konzessionen im Verhältniß zur Einwohnerzahl ertheilt werden sollen, wobei jedoch Hafen-, Handels- oder Fabrikstädte zur ausgedehnteren Berücksichtigung gelangen dürfen; 4) daß die bezüglichen Gesetzesparagraphen eine derart präzise Fassung erhalten, daß der Verwaltungsbehörde bei Prüfung der Bedürfnißfrage und bei Abgabe ihres Gutachtens über die Person der Gesuchsteller und die sanitätliche Zweckmäßigkeit der Lokale jede Gelegenheit zur willkürlichen Anwendung ihrer Machtbefugnisse abgeschnitten sei.

— Offiziös wird berichtet: Die aus der ganzen Monarchie bei dem landwirthschaftlichen Ministerium eingegangenen Witterungs- und Saatstands-Berichte bestätigen im Allgemeinen die günstigen Resultate der Kartoffel- und Rübenernte. Die Einbringung wurde durch den früh im Oktober eingetretenen Frost vielfach erschwert, ging aber im Laufe des November noch ohne größeren Verlust von Statten. Aus einigen Bezirken der westlichen Provinzen werden ungewöhnlich hohe Kartoffell-Erträge gemeldet; auch ist die anfängliche Befürchtung von Fäulniß und Auswuchs nicht in besonders hohem Grade eingetreten. Geklagt wird über den mangelnden Export nach England und über niedrige Spiritus- und Stärkepreise. Immerhin ersetzt die reichliche Kartoffelernte andere spärlicher produzirte Futtermittel. Der Mangel an Streu- und Futterstroh macht sich vielfach fühlbar und hat die Aufmerksamkeit der Verwendung von Torfstreu zugewandt; etwas gemildert ist der Futtermangel durch die diesmal bis in den Dezember hinein, also ungewöhnlich lange vorhandene Möglichkeit, das Vieh auf die Weide gehen zu lassen. Die Herbstbestellung ist zwar durch den Oktoberfrost und die spätere feuchte Witterung verzögert, aber doch überall noch rechtzeitig beendet worden. Der Stand der Saaten ist ein günstiger, in einigen Gegenden wird geklagt über Mäusefraß. Der Stand der Oelsaaten wird als ungünstig bezeichnet. Die Holzabfuhr ist durch das weiche Wetter erschwert, der Konsum auch ein sehr geringer geblieben.

— Am nächsten Montag, 16. d. M. tritt die technisch-pharmazeutische Unterkommission der großen Reichspharmakopöe-Kommission zusammen. Letztere sollte schon vor 9 Monaten einberufen werden, doch verzögerte sich bisher diese Berufung. Bekanntlich hat der Bundesrath auf den Antrag der Apotheker aus den Regierungsbezirken Koblenz, Köln, Aachen, Trier, beschlossen, die lateinische Sprache für die Pharmakopöe beizubehalten, obschon die Kommission für Einführung der deutschen Sprache eingetreten war. Wie nachträglich bekannt geworden, stimmten im Bundesrath Baiern, Sachsen, Württemberg, Hessen, Sachsen-Weimar, Sachsen-Koburg-Gotha, Reuß jüngere Linie und Lippe für die deutsche Sprache, Preußen dagegen für die lateinische, obschon sein Vertreter in der großen Kommission dem Deutschen das Wort geredet hatte.

— Seit dem Inkrafttreten des Zwangserziehungsgesetzes bis zum 1. April 1880 hatte die Zahl der zum Behuf der Zwangserziehung in Familien und Anstalten untergabrachten Kinder in sämmtlichen Provinzen der preußischen Monarchie nur 612 betragen, obgleich mehr als 20mal so viele Personen jugendlichen Alters innerhalb dieses Zeitraumes wegen Vergehen oder Verbrechen zur Untersuchung gezogen waren. Am 30. September 1881, also nach dreijähriger Geltung des Gesetzes, betrug dagegen die Gesammtzahl der zur Zwangserziehung bestimmten Kinder bereits 3364, von denen an dem genannten Termin 3038 bereits untergebracht waren. Nach einer von dem Zentralausschuß für innere Mission veranlaßten Zusammenstellung kommt bis jetzt die geringste Zahl der zur Zwangserziehung bestimmten Kinder auf West- und Ostpreußen, die höchste auf die Rheinprovinz und Schlesien.

— Die in neuester Zeit üblich gewordenen Auslegungen des Zolltarifes rufen fortwährend neue Beschwerden hervor. So wird der „Tribüne" wieder folgender neue Fall gemeldet: Von Amerika werden seit geraumer Zeit Waaren aus gewöhnlichem Horn, insbesondere Kämme, eingeführt, welche schildpattartig gefleckt erscheinen. Dafür war bis vor kurzer Zeit pro 100 Kg. 30 Mark zu bezahlen. (Nr. 13g des neuen Zolltarifs: „Feine Holzwaaren ... sowie alle ... Waaren aus vegetabilischen oder animalischen Schnitzstoffen mit Ausnahme von Schildpatt ... 100 Kg. dreißig Mark.") Nach der gleichen Tarifnummer wurden bisher auch Taschenmesser, deren Heft mit einem dünnen Horn- oder Beinblättchen belegt war, welches durch einen untergelegten Goldflitter das ungefähre Aussehen von imitirtem Schildpatt erhielt, zu 30 Mark pro 100 Kg versteuert. Nach neuestem Erlaß sind aber diese Gegenstände, welche auf den ersten Blick als rohe Imitationen zu erkennen sind, als „Waaren ganz oder theilweise aus künstlichem Schildpatt, beziehungsweise Imitationen von Schildpatt im Sinne der Vorschriften des amtlichen Waarenverzeichnisses (S. 310) anzusehen und unterliegen dem Zollsatze von zweihundert Mark per 100 Kg. nach Nr. 20b. 1." Die urplötzliche Zollerhöhung dieser Waaren um den siebenfachen Betrag erscheint um so auffallender, als im amtlichen Waarenverzeichnisse ausdrücklich gesagt ist, daß unwesentliche Verzierungen von (natürlichem oder künstlichem) Schildpatt keinen Einfluß auf die Höhe des Zolles ausüben sollen. Ueber das, was wesentlich und unwesentlich ist, scheinen allerdings bei den Zollbehörden neuerdings andere Ansichten maßgebend zu sein, wie noch vor kurzer Zeit.

m **Aus Lauenburg.** Bezüglich der Privatklagesache des Abgeordneten Berling gegen den Landrath v. Bennigsen-Foerder, wegen verleumderischer Beleidigung, ist zu berichten, daß der Eine der beiden Denunzianten, ein zurückgekommener Oekonom Namens Rudolph Jürgens, nach Ausweis der offiziellen Passagierliste am 4. Januar auf dem Postdampfer „Gellert" über Hamburg nach Amerika ausgewandert ist. Wenn man den Eklat, mit welchem jenes berüchtigte, gegen Berling gerichtete landräthliche Pamphlet in die Welt gesetzt wurde, sowie die ganze Schwere der darin enthaltenen unerhörten Beschuldigungen, in Betracht zieht, so muß es um so mehr Sensation erregen, wenn man sich in einer solchen cause celèbre auf zwei Belastungszeugen stützt, deren Einer schon jetzt in so auffälliger Weise, vor ausgetragener Sache, verduftet ist! — Der Kammerrath Berling veröffentlicht in der „Allg. Lauenb. Landes-Zeitung" folgende Erklärung:

„In Veranlassung der seitens des Landraths von Bennigsen-Foerder in Ratzeburg wider mich erlassenen Schmähschrift vom 25. Oktober v. J. hatte ich auf die Ausübung der mir übertragenen Ehrenämter so lange verzichtet, bis mir im Wege Rechtens wegen der mir zugefügten Beleidigung Genugthuung geworden sei. Da aber durch die von der königlichen Regierung in Schleswig in Aussicht gestellte Erhebung des Kompetenzkonfliktes das Verfahren vor den ordentlichen Gerichten unterbrochen ist, obgleich mir das Material zu einem vollständigen Gegenbeweise zu Gebote steht, so halte ich mich meinen Wählern gegenüber verpflichtet, meine Ehrenämter schon jetzt wieder aufzunehmen. Das mich entlastende Beweismaterial werde ich veröffentlichen, sobald das über meine Klage schwebende Verfahren es gestattet."

Oesterreich.

[Als Kandidat für den Botschafterposten in Petersburg] soll, unter anderen Bewerbern, wie dem „Berl. Tagebl." gemeldet wird, Graf Dubsky die meisten Chancen haben. Victor Graf Dubsky, Freiherr von Trebomislyc, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister, Geheimer Rath, Kämmerer, Ehrenritter des Malthesers Ordens, überzähliger Husarenoberst, ist 48 Jahr alt und gehört der mährischen Familie des gleichen Namens an. Graf Dubsky war Gesandter in Athen und wurde nach der Abberufung des Grafen Zichy von Konstantinopel mit der interimistischen Leitung der Botschaft am goldenen Horn betraut, welche Stelle er bis zur Ernennung des Freiherrn von Calice (im Sommer 1880) bekleidete. Seither ist Graf Dubsky in Disponibilität. Es wird ihm diplomatische Befähigung und eine gute Beobachtungsgabe nachgerühmt. In St. Petersburg soll man sich mit Vergnügen bereit erklärt haben, den Grafen als Botschafter zu acceptiren. Im Allgemeinen darf man sagen, daß diese Wahl unter den gegebenen Verhältnissen eine glückliche genannt werden kann.

Italien.

Rom, 9. Januar. [Befestigung von Rom. Organisation der Armee. Garibaldi.] Ueber die Befestigung von Rom berichtet ein römisches Blatt, die Zahl der Forts sei auf 14 festgesetzt, 6 auf der rechten, die übrigen auf der linken Seite des Tiber; von diesen in Aussicht genommenen 14 Forts seien 6 bereits fertig gestellt und der Direktion der Artillerie übergeben, 6 noch in Arbeit, 2 nur erst abgesteckt. Jedes Fort liegt je 2 km. von seinen beiden Nachbarn entfernt, und ein innerhalb des Gürtels anzulegender Weg wird die Verbindung der Forts untereinander und mit den großen, von Rom ausstrahlenden Heeresstraßen vermitteln. — Der Kriegsminister hat dem Abgeordnetenhause im November v. J. einen Gesetzentwurf über Abänderungen an dem im Jahre 1873 hinsichtlich der Organisation der Armee und der von der Heeresverwaltung abhängenden Dienstzweige erlassenen Gesetze eingereicht. Die Vorlage bezweckt im Ganzen und Großen die Erhöhung der italienischen Streitkräfte 1. und 2. Linie um ungefähr ein Drittel der bisherigen Stärke. Bei der Willfährigkeit der italienischen Kammern allen die Vermehrung der Wehrkraft des Landes betr. Regierungsforderungen gegenüber ist es zweifellos, daß der Entwurf die Genehmigung des Parlaments erhalten wird, umsomehr, als die neue Organisation, wie der Minister erklärt, mit einem Ordinarium von 200,700,000 Lire durchführbar sein soll, in welche Rechnung bereits das aus dem am 12. Dezember eingebrachten Gesetzentwurfe über die Aufbesserung der Offiziersgehälter sich ergebende Mehrerforderniß von 4,200,000 Lire einbezogen ist. Das italienische Heer 1. Linie (stehendes Heer) zählte bisher etwa 330,000 Kombattanten, und jenes 2. Linie (Mobilmiliz, unserer Landwehr entsprechend) 150,000 Mann. Nach dem in Rede stehenden ministeriellen Antrage nun soll ersteres auf 430,000 Kombattanten, letzteres auf nahezu 200,000 Mann gebracht werden. Diese 630,000 Mann repräsentiren im Verhältnisse zur Bevölkerungsziffer, auch wenn man fortfährt, dieselbe mit 28 anstatt 30 Millionen, die sie thatsächlich erreicht haben dürfte, einzustellen, noch nicht einmal 2,3 Prozent derselben, während Deutschland und Frankreich über 3 Proz. und Oesterreich-Ungarn an 3 Proz. ihrer Bevölkerung als Heer 1. und 2. Linie ausheben. — Aus

---

„Zu welcher Zeit würde es Miß Shaldon gelegen sein, mich zu empfangen, meine gute Frau?" fragte er.

Die gute Frau hatte eine recht unliebenswürdige Eigenschaft, sie war nicht die Sanftmüthigste; wahrscheinlich hatte das Mißgeschick, auf welches sie vorher anspielte, sie etwas verbittert. Bei Mr. Wirtlow's leutseliger Anrede zogen sich ihre buschigen Brauen finster zusammen.

„Mir liegt nichts daran, eine gute Frau zu sein," sagte sie halb nachdenklich. „Mein Name ist Graves. Miß Shaldon wünscht Sie sogleich zu sprechen, deshalb können Sie mich ja begleiten."

„Gewiß," sagte er, bereitwillig aufstehend. Es lag ihm ja Alles daran, mehr über Miß Shaldon und selbst über Mrs. Graves zu erfahren, und je eher die Zusammenkunft stattfand, um so besser. Mrs. Graves indessen erhob sich nicht mit ihm.

„Ich denke, sie wünscht Sie gleich zu sprechen", fügte Mrs. Graves etwas zweifelhaft hinzu. „Sie hat zwar Besuch, aber bis dahin werden ihre Freunde sich verabschiedet haben."

„Ah, sie hat also Bekannte in Clingford?" rief Mr. Wirtlow aus. (Fortsetzung folgt.)

Die Lösung der Wallenstein-Frage.

Von Dr. Edm. Schebek. (Berlin) 1881.

Von Dr. F R. v. Krones.

(Schluß.)

1572, 1. Dezember — also elf Jahre früher als Wallenstein — geboren, machte Wilhelm Slawata von Chlum und Koschumberg seine Studien an der Universität Siena, besuchte ganz Italien und Malta; ein Jahr nach der Heimkehr, katholisch geworden, bereiste er 1597 Deutschland, Dänemark, Holland, England, Schottland, Frankreich und Spanien und eröffnete seine staatsamtliche Laufbahn als k. Kämmerer und Hofmarschall und gleichzeitig als Beisitzer des Landrechtes. Seit 1602 mit Ottilie von Neuhaus, der Tochter des reichen Herrn Adam, seines Gönners und Wohlthäters, vermählt, gelangte er durch den frühen Tod seines körperlich verkümmerten Schwagers, Joachim Ulrich von Neuhaus, zu reichem Erbe, zu dem Besitzthum der Neuhauser Linie der Rosenberge: Neuhaus, Platz und Neubistritz in Böhmen und Teltsch in Mähren. Früher schon mit dem durch den Glaubenswechsel des Sohnes gekränkten Vater ausgesöhnt, hatte er 1602 das allerdings nur geringe väterliche und mütterliche Erbe eingeantwortet erhalten. Wohl mußte er 1611 das ihm 1604 verliehene, einträgliche Amt eines Burggrafen von Karlstein an den Grafen Heinrich Mathias von Thuen überlassen, wurde jedoch später durch das Amt des Obersthoflehen-Richters und des Kammerpräsidenten entschädigt. Slawata bildet mit Zdenko von Lobkowitz und Martinitz das strengkatholische gegen jede Konzession in Glaubensdingen eifernde Triumvirat am Hofe Rudolph's II. und eine wesentliche Stütze der Regierungspartei unter König Mathias, besonders als es sich um die Wahl Ferdinand's von Steiermark zum Thronfolger in Böhmen handelte. Zufolge dessen erlangte er wieder das früher an Graf Mathias Thuen abgegebene Amt. Er und Martinitz waren und blieben die bei der akatholischen Ständepartei bestverhaßten katholischen Statthaltereiräthe, und er theilte daher mit diesem (1618, 23. Mai) das Verhängniß der Defenestration. Dem Tode nur wie durch ein Wunder entgangen und im Hause der muthvollen Polixena Lobkowitz bis Mai 1619 internirt, glückte es ihm endlich, aus Böhmen zu entweichen und sein Asyl in Passau zu finden, wo er — 1621 in den Grafenstand erhoben — zwei Jahre verweilte. Die Gunst des Kaisers lohnte immer reichlicher dem ungemein geschäftskundigen und arbeitstüchtigen Manne, dem politischen „Martyrer" des Jahres 1618 seine vormalige Prüfungszeit. 1623 wurde er Oberstlandrichter, dann Oberstlandkämmerer, 1625 Oberstlandhofmeister, geheimer Rath, „Regierer des Hauses Neuhaus", 1628 Obersthofkanzler, 1630 k. Pfalzgraf und 1643 Ritter des goldenen Vließes. Einer der eifrigsten Verehrer des Jesuitenordens, in welchen er, nach eigenem Geständniß, schon nach dem Tode seiner Gattin († 11. Januar 1633) hatte treten wollen, woran er nur von seinem Beichtvater durch die Ermahnung gehindert worden ist, er möge noch ferner dem Staate seine Dienste widmen, bekam er 1643 neuerdings Lust, das Ordenskleid zu tragen, und schrieb — davon abermals zurückgehalten — 1645 an den Jesuiten-General Carafa in Rom, es wolle ihm wenigstens erlaubt werden, die drei kleineren Ordensgelübde auf dem Todtenbette aufzulegen und im Habit eines Laienbruders in einer Jesuitenkirche begraben zu werden. Zu Neujahr 1652, im Vorgefühle des Todes, ließ er sich in das Wiener Profeßhaus der Jesuiten bringen und starb hier den 19. Januar des genannten Jahres. Seine sterblichen Reste wurden dann zu Neuhaus in der Ordensgruft beigesetzt.

Slawata war ein gründlich gebildeter, namentlich rechtsgelehrter, geschichts- und gesetzkundiger Mann, von unermüdlicher Arbeitskraft und geschultester Feder; einer der Hauptarbeiter an der „verneuerten Landesordnung" Böhmens, Verfasser zahlreicher Denkschriften, dessen handschriftlicher historischer Nachlaß im gräflich Czernin'schen Archive zu Neuhaus 14 mächtige Folianten umfaßt, von denen nur zwei in neuerer Zeit durch den Druck veröffentlicht worden sind. Bietet dieser Lebensgang an sich wesentliche Anhaltspunkte für die Konsequenz, Zähigkeit, Arbeitskraft und den Rigorismus Slawata's in konfessionellen und politischen Dingen, so macht Schebek selbst auf einen ehrenwerthen Charakterzug des Mannes aufmerksam. „Von einem Vorwurf", sagt Schebek, „welcher so viele Standesgenossen seiner Zeit, vor Allen Wallenstein, traf, war Slawata frei. Er benützte nicht die durch die Güterkonfiskationen und die zwangsweisen Auswanderungen dargebotene Gelegenheit, sich zu bereichern". . . . „Der kaiserlichen Kammer selbst half er mehr als einmal mit Darlehen aus, bewies sich aber dabei auf das Uneigennützigste."

Kehren wir nun wieder zu dem Gedankengange in Schebek's „Resumé" zurück. Ihm erscheint Slawata so recht eigentlich als der Dämon des dreißigjährigen Krieges. Man fühlte sich versucht, ihm den Passauer Einfall (1611) und die geheimen Einwirkungen, welche den Fenstersturz (1618) zur Folge hatten, zur Last zu legen. Daß er auch den Plan zur großen Güterkonfiskation entworfen, habe Gindely bereits nachgewiesen. — Slawata sei der wesentlichste Gegner der Friedens-Idee geblieben, als deren vornehmster Träger Wallenstein zu gelten habe. Mit beispiellosem Raffinement habe er jede Blöße und Schwäche des Gegners erspäht, alle schlechten Leidenschaften und feindlichen Kräfte geweckt und genährt.

Er habe sich in das Vertrauen des Arglosen eingeschlichen und, was ihm dieser von seinen Absichten und Plänen vertraulich eröffnete, entstellt und übertrieben Diejenigen verrathen, die es betraf und deren Gegnerschaft demselben gefährlich werden konnte. Er mißbrauchte seine Amtsgewalt durch unbefugte Verbindungen mit auswärtigen Staaten und deren Vertretern, er durchkreuzte hochverrätherisch die kaiserliche Politik, beschuldigte seine Amtskollegen bei den fremden Höfen unerlaubter und unehrenhafter Handlungen und zog die Kaiserin selbst in den Pfuhl seiner Verdächtigungen.

Kaprera sollen beunruhigende Nachrichten über Garibaldi's Gesundheitszustand hier angelangt sein.

Frankreich.

Paris, 11. Januar. [Gambetta] will, um seine Listenabstimmung durchzusetzen, daraus eine Vertrauensfrage machen. Dieses Gerücht beschäftigt heute die pariser Presse. Die „République française" giebt in ihrem heutigen Artikel über die Listenabstimmung zu bedenken, daß Gambetta zurücktreten wolle, wenn die Deputirtenkammer dieselbe nicht annehmen werde. In den Versammlungen der Deputirten herrscht große Aufregung und über das Drängen und Drohen des Konseilspräsidenten fallen scharfe Bemerkungen. Selbst Gambetta's Anhänger finden es unzeitgemäß, daß er gerade jetzt diese Frage wieder in den Vordergrund rückt. Der „National" und mehrere andere Blätter äußern sich in dem Sinne, daß Gambetta in der Erkenntniß, daß er seiner Aufgabe als leitender Minister nicht gewachsen und nicht im Stande sei, die so oft von ihm summarisch angekündigten Reformen in praktischen Gesetzentwürfe zu formuliren, entschlossen sei, aus dem Listenskrutinium, welches keine Aussicht hättte, im Kongreß durchzudringen, eine Kabinetsfrage zu machen, um mit Anstand von der Regierung zurücktreten zu können und sein Ansehen im Lande dabei doch unversehrt zu erhalten.

„Es ist gewiß", sagt der „National", „daß diese Taktik für den gegenwärtigen Minister-Präsidenten nicht ohne Vortheile wäre. Er könnte dann in die Reihen der Opposition zurückkehren, ohne daß das Land in der Lage gewesen wäre, über seine Fähigkeiten und das Verdienst seiner Freunde ein sachkundiges Urtheil zu fällen. Das Geheimniß, welches auch ferner über seinen Plänen walten würde, könnte ihm nur zu Statten kommen. Man würde bald eine Legende in Umlauf gesetzt haben über die großen Dinge, die er vollbracht hätte, wenn er nicht vorzeitig gestürzt worden wäre, und er würde in den Augen Vieler noch immer als der providentielle Mann erscheinen, der nicht ermangelt hätte, die Formeln der Demokratie ins Werk zu setzen, wenn man ihn nur als Minister am Leben gelassen hätte. Wir aber glauben nicht, daß man zu diesem Kunstgriffe die Hand bieten wird. Seit zehn Jahren haben Herr Gambetta und seine Freunde mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Ueberlegenheit ihrer Politik verkündet. Sie haben Männer und Dinge in Bresche gelegt und auf den moralischen Trümmern Derer, welche ihnen widersprochen, ihre Macht aufgerichtet. Jetzt stehen sie am Ruder und müssen so lange dabei bleiben, bis man ein billiges Urtheil über ihre Politik fällen kann."

Es ist nur schwer abzusehen, wie man Herrn Gambetta verhindern will, seine Entlassung zu geben, wenn der Kongreß ihm nicht das Listenskrutinium bewilligt. Daß aber die Nationalversammlung nur aus diesem Grunde auf das Listensrutinium eingehe und also die gegenwärtige Kammer zur Auflösung verurtheile, ist doch auch nicht anzunehmen. — Im Senate hat der Alterspräsident de Roumilly sein Amt mit einer bemerkenswerthen Kundgebung gegen die Verfassungsrevision angetreten. Er erklärte:

legislative Reformen seien dringlich, nicht konstitutionelle; die Beschwerden gegen den Senat seien ebenso unngerecht, wie die Wiedereinbringung des Lisienskrutiniuchs überflüssig. Jede Regiernng könne in die Lage kommen, sich auf den Senat zu stützen und dies sei nicht mehr möglich, wenn dessen Widerstandskraft gebrochen sei.

Die Rede des Alterspräsidenten, eines erprobten Republikaners, fand viel Beifall.

Der „Temps" bringt die französisch-englische Note über Egypten mit der Bemerkung: „Um auf gewisse Urtheile zu antworten, fügen wir hinzu, daß in dieser Angelegenheit wie in allen jenen, welche französische Interessen in Afrika berühren, Deutschlands Stellung die der wohlwollenden Zurückhaltung ist."

Rußland und Polen.

— [Ueber den Großfürsten Konstantin,] dem ältesten Oheim des gegenwärtigen Kaisers, bringt die „Schlesische Zeitung" aus Paris, wo sich bekanntlich der Großfürst niedergelassen hat, folgende, sehr interessante Mittheilung:

„In dem Theil der Gesellschaft, in welchem Großfürst Konstantin von Rußland verkehrt, macht ein Brief desselben Aufsehen, den er an den früheren Minister, seinen einstigen Erzieher, General Golowin, gerichtet. Er nimmt in demselben gewissermaßen Abschied von ihm, betonend, daß er wohl kaum noch für längere Zeit nach Rußland zurückkehren würde; Frankreich sei seine zweite Heimath. Er habe die Beziehungen zu seinem Vaterlande abgebrochen, sein Vermögen seiner Familie überlassen und sich selbst nur eine jährliche Rente von 80,000 Rubel sichergestellt. Seine Stellung dem jetzigen Kaiser gegenüber sei unhaltbar gewesen, er gebe jedoch zu, daß er theilweise selbst die Schuld trage durch Fehler und Unvorsichtigkeiten, die er begangen und die ihm der Neffe mehr nachtrage, als einstens der Bruder. Auch auf die nunmehrige Stellung seiner Brüder, der Großfürsten Nikolaus und Michael, kommt er in dem Briefe zu sprechen, erwähnend, daß die des ersteren trotz seiner vielfachen Würden doch gleich Null sei, und hinzufügend, wie es ihm besonders leid thun würde, wenn dies auch mit der Zeit den letzteren — seinen Lieblingsbruder — betreffen, der Fall sein solle, der doch bisher sich noch „eine Art von Einfluß" auf seinen kaiserlichen Neffen bewahrt habe. Aus der jetzigen Umgebung des Großfürsten verlautet, daß er selbst vielfach diejenigen Punkte erwähne, welche ihm in der Meinung seines kaiserlichen Bruders und Neffen sowohl, als auch überhaupt in der der Gesellschaft geschadet haben. In erster Linie rechnet er hierzu, daß er sich, wie er selbst zugiebt, nachdem er in der Verwaltung des Königreichs Polen kein Glück gehabt, in einen etwas zu intimen Verkehr mit der radikalen Partei — nicht etwa mit den Nihilisten — eingelassen, den er aber nach kurzer Zeit wieder abgebrochen; auch daß er als Präsident der Kommission für die Befreiung der Bauern in den später zwischen jenen und ihren bisherigen Gutsherrn entstandenen Prozessen über das Eigenthumsrecht auf Ländereien vielleicht in zu hohem Grade die Partei der ersteren genommen. Er giebt auch offen zu, daß in der Verwaltung der Marine Fehler vorgekommen. Die seit langer Zeit mit der größten Bestimmtheit auftretenden Gerüchte über Verbindungen mit den Nihilisten verlacht er, ist auch überzeugt, daß in der kaiserlichen Familie und der Umgebung derselben Niemand ist, der an solche glaubt."

[Madame Edmond Adam], die bekannte Herausgeberin der pariser „Nouvelle revue" und eine eifrige Russenfreundin, welche nach Rußland gegangen ist, um die Russen in ihrem eigenen Lande zu „studiren", befindet sich seit einigen Tagen in Petersburg. Bei ihrer Abreise nach Rußland wurde sie bekanntlich von der „Nordd. Allg. Ztg." ein weiblicher Diplomat genannt, dem die Aufgabe zugefallen sei, für die Politik Gambetta's im Sinne einer Allianz zwischen Frankreich und dem Zarenreiche Propaganda zu machen. Madame Adam hat nun in Bezug auf die Insinuation des genannten Blattes, wie das „Berl. Tagebl." meldet, sich in folgender Weise geäußert:

„Es schmerze sie besonders, daß die Angriffe der „Nordd. Allg. Ztg." gegen ihre Person nicht unbemerkt in der russischen Presse vorübergingen. Das gouvernementale Berliner Blatt hätte damit seinen Zweck erreicht. Sie hätte sich außerdem nicht wehren können, da der Artikel erst im Moment ihrer Abreise von Paris erschienen sei. In Rußland sei sie wehrlos; in Paris dagegen lasse sie sich nicht beleidigen, sondern weise alle Angriffe zurück."

Es verlautet, Madame Adam würde nach ihrer Rückkehr von Moskau, wohin sie sich namentlich zum Besuche Katkow's begiebt, noch vier Wochen in Petersburg bleiben. Fürst Demidow-Donato gab übrigens der Madame Adam eine Soiree, auf welcher u. A. Graf Ignatjew, Fürst Dondukow-Korsakow u. v. A. anwesend waren.

Aegypten.

Kairo, 2. Januar. [Die Eröffnung des ägyptischen Abgeordnetenhauses] durch den Khediv ist in aller Ordnung und unter Ausschluß internationaler Oeffentlichkeit vor sich gegangen. Es haben sich nur vereinzelte Europäer in den Saal zu schleichen vermocht. Gegen 11 Uhr Vormittags erfolgte die Einfahrt des Khedivs in den weiten Hofraum, wo die zur Erhöhung der Feierlichkeit aufgestellten Truppen Spalier bildeten. Er begab sich darauf in die für ihn bereit gehaltenen Gemächer, während die Abgeordneten auf ihren rothen Sammtsesseln im säulengeschmückten Sitzungssaale Platz nahmen. Die Art und Weise, in welcher sich der Khediv der Thronrede entledigte, überraschte viele der Anwesenden, die von den Stimmmitteln Seiner Hoheit bislang keine richtige Vorstellung hatten. Der Khediv verlas sein Blatt mit sehr kräftiger Stimme und bei einzelnen Sätzen mit so wohlgemessenem Tonfalle, daß man annehmen kann, er habe auf einzelne Wendungen der Thronrede ganz besondern Nachdruck legen wollen. Letzteres gilt namentlich von den Worten „weise Mäßigung", die sich im Texte derselben wiederholen und den Abgeordneten ganz besonders ans Herz gelegt wurden. Die Anrede des Präsidenten an die Abgeordneten enthielt nichts Bemerkenswerthes, außer den häufigen bilderreichen Redewendungen, an denen die arabische Sprache so reich ist und die sich bei wortgetreuer Uebersetzung stets so wunderlich ausnehmen, aber, wenn man durch freie Umschreibung den Sinn in unserer Weise wiederzugeben bemüht ist, so erschrecklich flache und langweilige Sätze abgeben. Die Abgeordneten werden unter Anderem wiederholt als „die zarte Blüte der Nation" angeredet.

Amerika.

Washington, 9. Januar. [Stimmrecht der Frauen.] Der Senat nahm in seiner heutigen Sitzung eine Resolution für die Ernennung eines Sonderausschusses an, welcher Erhebungen darüber anstellen soll, ob die Verleihung des Stimmrechts an Frauen zweckmäßig sein würde.

— [Prozeß Guiteau.] Das öffentliche Interesse an dem Prozeß gegen Guiteau ist noch immer ein sehr lebhaftes. In der heutigen Verhandlung war der Gerichtsaal in allen seinen Räumen dicht gefüllt. Guiteau schien nervös zu sein und sein Antlitz verrieth Spuren großer Bangigkeit. Vor Beginn der Verhandlung erhob er sich und theilte mit, er hätte achthundert Briefe, größtentheils von Frauen, empfangen. Er will auch am Sonnabend Cheques im Betrage von 1500 Dollars erhalten haben. Sein Vertheidiger, Mr. Scoville, erklärte später, daß diese Cheques werthlos seien und wahrscheinlich von Personen herrührten, die sich einen Scherz mit dem Angeklagten machen wollten. Er fügte hinzu, es wäre nicht das erste Mal, daß so etwas vorgekommen, und daß ihm selber werthlose Cheques im Betrage von 15,000 Dollars zugesendet worden. Nach Wiederaufnahme des Plaidoyers für die Vertheidigung entspann sich zwischen ihm und dem Klageanwalt Porter ein heftiger Streit, weil Letzterer vorgab, daß gewisse Behauptungen, welche der Vertheidiger am Sonnabend bezüglich des Resumés eines Richters in einem jüngst in Newyork verhandelten Mordprozesse gemacht hatte, falsch seien. Der Gerichtshof warnte den Anwalt, sich aller persönlichen Angriffe zu enthalten. Mr. Corkhill folgte Mr. Scoville für die Anklage, und Mr. Davidge replizirte für die Vertheidigung.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 13. Januar. [Reichstag.] Ein Telegramm des Abgeordneten Dietz (Hamburg) aus Stuttgart zeigt an, daß Dietz wegen Verbreitung des Omnibus-Kalenders verhaftet worden ist. Kaiser kündigt einen Antrag an, der Reichstag solle die Inhaftnahme aufheben. (Wiederholt.)

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung".

Berlin, 13. Januar, Abends 7 Uhr.

Der **Reichstag** genehmigte in langer aber wenig erheblicher Debatte den an die Budgetkommission zurückverwiesenen Etat über die Einnahme aus den Zöllen unverändert in zweiter Lesung.

Seine genaue Bekanntschaft mit Wallenstein erleichterte ihm sein Angriffssystem gegen den Verhaßten. Er denunzirt ihn bei aller Welt, beim Kaiser und Thronfolger, bei den hohen Würdenträgern, bei der Geistlichkeit, beim Adel, beim Militär, im In- und Auslande, bei Freund und Feind. Slawata macht sich Baiern und die Ligisten, Spanien eingerechnet, zu Bundesgenossen, bearbeitet den Thronfolger in mehreren Denkschriften, verhetzt den Friedländer durch Aussprengung von Wallensteins Vorhaben, den Emigranten ihre Güter zu restituiren bei den Güterkäufern, durch die Hinweisung auf die Einquartierung und sonstige Militärlasten, bei dem besitzenden Adel, bei Bürger und Bauer durch die Denunziation seiner akatholischen Tendenzen bei der Geistlichkeit, gleichwie durch die ihm unterschobene Absicht, sie aus dem Reiche zu verbannen, bei den Jesuiten. Er entfremdete ihm die Armee und deren Führer, er entwarf den Plan zur Enthebung Wallensteins, zur Konfiskation seiner Güter und der seines Anhanges. Die bösartigsten Gerüchte über die Absichten Wallensteins setzte er in Umlauf. Durch die Presse, deren Macht er kannte, durch Flugblätter oder von ihm inspirirte periodische Zeitschriften ging er dem Gegner zu Leibe, er fingirte Briefe, informirte die bairischen und spanischen Gesandten, steckte seine Fälscherhand in fremde Archive — so daß auch die Korrespondenz Oxenstierna's mit Bernhard von Weimar und Kinsky's mit Feuquières sehr verdächtig sei — warf sich dann — nach der Egerer Katastrophe — zum Richter und Geschichtschreiber des Gemordeten auf und setzte den ganzen Apparat der Wallenstein's Thatenleben brandmarkenden Anklagen, offizieller und halboffizieller Natur, in Bewegung.

Nicht weniger als 24 Korrespondenzen, Relationen, Denkschriften u. s. w. werden mit Slawata's geistiger Urheberschaft in Verbindung gebracht und das Gleiche bezüglich aller jener Schriften versucht, die als Rechtfertigungen des Mordes zu Eger erflossen. 14 Beilagen neuer Funde haben zur Ehrenrettung Wallensteins zu dienen. Es ist das Alles ein bedeutendes, mit vielem Scharfsinn kombinirtes Material der Anklage Slawata's. Einzelnes zwingt förmlich zur Ueberzeugung, Anderes macht den Eindruck einer künstlichen Kombination, welche auf subjektivem Gefühl beruht, zwischen den Zeilen zu lesen versteht. Nimmt man Schebek's Grundanschauung ganz in Kauf, so wird man allerdings bereit, das Ganze der Argumentation sich gefallen zu lassen, über die Lücken der Beweise, die Sprünge der Kombination hinwegzusehen.

Das gewichtigste Schriftstück aus Slawata's Feder, das Schebeck mit vollem Rechte an die Spitze seines aktenmäßigen Verdikts über diesen Mann stellt, ist seine Charakteristik Wallenstein's aus den Jahren 1624 bis 1625. Sie athmet den gründlichsten Haß gegen den Friedländer, der damals erst seiner Lebenshöhe zusteuerte. Lateinisch abgefaßt, in 42 Abschnitte gegliedert, stellt es Wallenstein's militärisches, finanzielles und grundherrliches Gebahren ins schlimmste Licht. Manches mag auf Thatsachen beruhen, denn Eigennutz, Willkür und Rücksichtslosigkeit war dem Wesen des Herzogs nicht fremd, — aber Alles ist in gehässigster Weise verbunden und augenscheinlich bis zur Verdrehung des Thatbestandes zugeschärft.

Besonders charakteristisch lautet der Schluß, die schwärzeste Silhouette vom Charakter Wallenstein's: „Diesem ehrgeizigen, aufwandliebenden, ehebrecherischen, faulen, kränklichen, nach Geschenken und Belohnungen gierigen und geizigen Menschen darf die Handhabung der Gerechtigkeit ohne Verletzung des Gewissens und ohne Beleidigung Gottes nicht übertragen werden."

Durch die Veröffentlichung dieses Aktenstückes hat Schebek den unzweifelhaften Nachweis von der feindlichen Gesinnung Slawata's gegen Wallenstein — bereits in den Jahren 1624 bis 1625 — geliefert und hiermit eine neue, wichtige Perspektive für die Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung über Wallenstein erschlossen. Von einem planmäßigen Verrathe Wallenstein's an der Sache des Kaisers läßt sich seit Hallwich's und Schebek's Publikationen nicht füglich mehr sprechen.

Nach zwei Richtungen jedoch schließt der Verfasser offenbar weit über das Ziel und beeinträchtigt hierdurch den Eindruck seiner verdienstvollen Arbeit. Er systemisirt, verallgemeinert zu viel, er überschätzt Wallenstein und Slawata, das Opfer und dessen Verfolger. Er übersieht oder leugnet die Wandlungen in Wallenstein's Thatenleben, in seinen Prinzipien und Maximen, das Widerspruchsvolle, von Erfolgen und Enttäuschungen so gut wie von der zwingenden Macht der Verhältnisse bedingte Handeln des Friedländers, dessen phantastisches, schwankendes Wollen, dessen persönlichen Eigennutz und Ehrgeiz neben dem unleugbaren Schwunge seiner weitblickenden staatsmännischen Entwürfe, militärischen Kombinationen. Die retrospektive Geschichtsanschauung verlockt nur zu oft, moderne Anschauungen mit dem wirklichen Empfinden jener Zeit künstlich zu verquicken. Es ist und bleibt gewagt, Wallenstein als ständige Incarnation des großen, über allen politischen und Glaubensparteien stehenden Friedensgedankens aufzufassen — in ihm den Herold der national-politischen Einheit Deutschlands zu erblicken; gewagt, ihn von allen persönlichen Tendenzen freizusprechen, die mit diesem idealen Standpunkte nichts zu thun hatten, die eigene Geltung bezweckten. Dieser Vergeistigung Wallenstein's fehlt dann das historische Fleisch und Blut.

Aber ebenso überschätzt der Verfasser die Wirkungen der Feindschaft Slawata's gegen Wallenstein, seine Rolle in der Tragödie, welche mit der Mordnacht in Eger schließt. Er war allerdings ein Triebrad ersten Ranges in der Aktion gegen den Friedländer, vielleicht sein geheimster und rührigster Gegner, aber gewiß nicht der einzige, der ausschlaggebende. Wie und was er über Wallenstein dachte, dachte auch so mancher Andere bei Hofe, die nicht geringe Schaar von prinzipiellen und persönlichen Gegnern des allmächtig gewordenen, selbstbewußten und gewiß nicht selbstlosen Heeresfürsten. Mit den Intriguen Slawata's kreuzten sich verwandte Denunciationen und Anklagen.

Es ist aber noch ein weiterer Gesichtspunkt von Belang, der Gegensatz in den Naturen, den Lebensläufen und Prinzipien Wallenstein's und Slawata's. Kriegsmann und Civilbeamter, Politiker und Bureaukrat, glanzliebende, besitzgierige Herrschernatur und schlichtlebiger, am positiven Gesetze und Rechte rigoros festhaltender Höfling, Weltmann und engherziger Pietist traten einander gegenüber.

Von seinem Standpunkte aus glaube Slawata berechtigt zu sein, den „staats- und kirchengefährlichen Streber" Wallenstein beim Hofe und bei der Mitwelt schwarz in Schwarz zu malen. So gelang es ihm leicht, die Stellung eines Gegners zu untergraben, der ihn nicht früh genug durchschaute und sicherlich dann auch in seiner Gefährlichkeit unterschätzte.

(„Presse".)

Der inzwischen eingegangene Antrag des Sozialisten Kayser wegen Aufhebung der gegen den Reichstagsabgeordneten Dietz verfügten Haft wird als dringlich anerkannt.

Staatssekretär Bötticher theilt mit, er habe die württembergische Regierung um telegraphische Auskunft ersucht und erwarte solche umgehend, es sei bedenklich, vor deren Eingang über den Antrag zu beschließen.

Das Haus verwies den Antrag an die Geschäftskommission, um morgen schleunigst zu berichten.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Gaea, Natur und Leben, Zeitschrift zur Verbreitung naturwissenschaftlicher und geographischer Kenntnisse, sowie der Fortschritte auf dem Gebiete der gesammten Naturwissenschaften, unter Mitwirkung von Dr. R. Avé-Lallemant, Dr. O. Buchner, Prof. Dr. J. Egli, Prof. Dr. Emsmann, Prof. Dr. Hoernes, Dr. V. Hofmann, Dr. H. Klencke, Dr. Eduard Lucas, Dr. Ph. Müller, Dr. Alfred Nehring, Navigationslehrer Dr. H. Romberg, Professor Robert v. Schlagintweit, Hofrath Dr. Senft, Dr. O. W. Thomé, Prof. Carl Vogt, Dr. A. Völkel, Dr. A. Weber u. A. herausgegeben von Dr. Hermann J. Klein. Achtzehnter Jahrgang. Verlag von E. H. Mayer in Köln. Die „Gaea“ ist seit 17 Jahren bei allen Freunden und Förderern der Naturwissenschaften rühmlichst bekannt. Die neueren Forschungen werden in allgemein verständlichen, aber nichtsdestoweniger auf strengwissenschaftlicher Basis ruhenden, abgerundeten Artikeln dem Leser vorgeführt und zwar thunlichst so, daß hierbei die ganze Entwickelung des behandelten Gegenstandes dargestellt wird. Naturansichten, Instrumente und Apparate, sowie andere Illustrationen unterstützen in geeigneter Weise das geschriebene Wort, kurz, die Gaea ist auch äußerlich als eine für das Verständniß der gebildeten Kreise berechnete naturwissenschaftliche Zeitschrift ersten Ranges angelegt. Die neueren Forschungen und Entdeckungen bilden ein stehendes Kapitel in jedem Hefte der Gaea. Freilich ist es unmöglich, in dieser Beziehung eine absolute Vollständigkeit zu erzielen, da niemals die Thätigkeit auf den Gebieten des Forschens so mannigfaltig und emsig war, als gerade gegenwärtig. Nur eine relative Vollständigkeit will die Gaea erstreben und hat dabei hauptsächlich die wissenschaftliche Wichtigkeit und das allgemeinere Interesse der betreffenden Untersuchungen im Auge. Der astronomische Kalender wird in der früheren Weise unverändert fortgeführt. Die „Gaea“ erscheint in monatlichen Heften à 1 M.

* Mit der 5. Lieferung von Du Chaillu, Im Lande der Mitternachtssonne, Verlag von Ferdinand Hirt & Sohn in Leipzig, ist der 1. Halbband des Gesammtwerkes geschlossen. Das Werk verdient nach Text wie nach künstlerischer Ausstattung (Illustrationen) die beste Empfehlung. Die 5. Lieferung führt uns in den hohen Norden Norwegens. Zu beachten ist noch, daß die Verlagshandlung sich entschlossen hat, einzelne unwichtige Längen bei der Uebersetzung kürzen zu lassen. Das Gesammtwerk wird dadurch nicht 24, sondern nur 20, höchstens 21 Lieferungen à 1 Mark, resp. 4 Halbbände à ca. 5 M. umfassen. Das Werk wird dadurch billiger und qualitativ Nichts einbüßen.

Locales und Provinzielles.

Posen, 13. Januar.

—nn. [Der „Kardinal-Primas von Polen“.] Der „Kuryer“ berichtet aus Rom:

„.... Im Vatikan sieht man die Frage (die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes) mit sehr nüchternen Augen an. Man stößt die Hand nicht zurück, welche der große Staatsmann der Kirche entgegenstreckt, aber man läßt auch keine vorzeitige Freude darüber blicken. Man zweifelt nicht daran, daß Fürst Bismarck den Frieden mit der Kirche wünscht, aber man ist darüber in Zweifel, ob er, gegenüber dem mächtig gewordenen Liberalismus und dem haßerfüllten widerchristlichen Unglauben, der sowohl in der Schule, wie innerhalb der Bureaukratie herrscht, im Stande sein wird, der Kirche einen dauernden und, was noch mehr ist, einen ehrenhaften Frieden zu geben. Einen anderen Frieden, dessen können Sie gewiß sein, wird der Papst nicht schließen. Wie weit die Unterhandlungen gediehen sind, kann ein Nichteingeweihter selbstverständlich nicht wissen, aber es giebt gewisse Anzeichen, daß dieselben noch nicht weit gekommen sind.“

Nachdem nun der „Kuryer“ das Gerücht, der Kardinal Fürst Hohenlohe habe sich um das Fürstbisthum Breslau beworben, bestriten, fährt er weiter fort:

„Ebenso wenig ist auch das Gerücht von der Resignirung der beiden Erzbischöfe, des kölnischen und des unsrigen, begründet. Daß sie bereit wären, auf ihre geliebten Bischofssitze zu verzichten, wenn das Kircheninteresse und der heilige Vater es verlangen würden, daran zweifelt Niemand, der die frommen Gesinnungen und die erhabenen Gefühle dieser beiden Kirchenfürsten kennt. Bis zu diesem Augenblick hat die preußische Regierung durch Nichts zu erkennen gegeben, daß sie diese Verzichtleistung fordern werde, es giebt im Gegentheil viele Gründe zu der Annahme, daß sie (die Regierung) diesen Verzicht nicht für nöthig hält. .... Es ist sicher, daß der Kardinal Ledochowski die geeignetste Persönlichkeit für den Bischofssitz des früheren (polnischen) Kirchenprimates ist, wenn es dem Fürsten Bismarck ernstlich daran liegt, die Uebel dauernd zu beseitigen und, wenn auch nicht alle, wenigstens die Wunden, welche der katholischen Gesellschaft geschlagen worden sind, zu heilen. Wenn in anderen Diözesen es eine sehr schwierige Aufgabe ist, das Uebel wieder gut zu machen, so ist diese Aufgabe bei uns hundertmal schwieriger; wenn sie wo anders zu ihrer Lösung eine ungemeine, mit Takt und Milde verbundene Energie verlangt, so sind dieselben Eigenschaften bei uns in einem weit höheren, fast heroischen Grade nothwendig. Fürst Bismarck weiß das auch ganz gut; er weiß es auch, daß der Kardinal-Primas, dessen hohe Begabung und außerordentlich taktvolles Benehmen er seit langer Zeit kennt, der Mann der Situation ist, der einerseits der Regierung dazu verhelfen wird (pozwoli), den falschen Weg zu verlassen (wybrnąć, herauswaten), und andererseits mit geübter Hand Ordnung und Ruhe in unserer zerrütteten unglücklichen Lage einführen wird. Es mögen die unteren Beamten die Rückkehr unseres Kardinal-Primas nicht wünschen, aber in Berlin sieht man weniger parteiisch und von einem höheren Standpunkte die politischen Bedürfnisse an. Daß in dieser Beziehung die Verhältnisse im Posenschen einen Platz ersten Ranges einnehmen, ist für Niemand ein Geheimniß; daß es das Interesse der Regierung erheischt, hier eine ebenso schnelle, als gründliche Besserung zu unternehmen, ist augenfällig; daß aber schließlich dieser über alles Maß schwierigen Aufgabe nur der Kardinal-Primas allein gewachsen ist, darüber wird jeden eine kurze — aber leidenschaftslose — Ueberlegung belehren.“

Wir haben den obigen Artikel mit dem eigenthümlichen Interesse gelesen, das er herausfordert, und dieses ist auch die Veranlassung, daß wir denselben mit einigen Bemerkungen begleiten. Fürst Bismarck, der, wie der Verfasser mit wahrhaft christlicher Bescheidenheit und Demuth sagt, die Arme der Kirche entgegenstrecke, da er Frieden mit ihr schließen wolle, wird mit dem Gespenst des Liberalismus und des Unglaubens, der innerhalb der Schule und der Bureaukratie herrsche, in Schrecken gesetzt. Die Kirche ist immer noch in der Lage, den Frieden zu gewähren, um dem Staate — dem Fürsten Bismarck — die hilfreiche Hand gegen den zerstörenden Geist des Liberalismus und des Unglaubens, namentlich unter dem Beamtenthum, zu reichen. Sie braucht den Frieden weniger, aber sie will ihn schließen aus christlicher Barmherzigkeit und um den Staat zu — retten. Doch darauf wollten wir nur so nebenher hinweisen. Unser Interesse nimmt hauptsächlich der Schluß des Artikels in Anspruch. Dieser ist auch der eigentliche Zweck des Ganzen. Da die preußische Regierung bis zu diesem Augenblick durch nichts bekundet haben soll, daß sie den Verzicht des Grafen Ledochowski verlangen würde, so wäre es, meint der „Kuryer“, noch nicht zu spät, sie darauf aufmerksam zu machen, welche Dienste ihr der Herr Kardinal noch leisten könnte. Er würde, wenn auch nicht alle Wunden, namentlich nicht alle diejenigen, welche der Liberalismus dem Staate geschlagen, doch wenigstens die hauptsächlichsten, an denen die katholische Gesellschaft leide, — die protestantische müßte er natürlich anderen Heilkünstlern überlassen, — heilen helfen. Er würde selbst heroische Mittel, die er nicht ohne Glück zu Anfang seiner Wirksamkeit in unserer Provinz gebraucht, auch jetzt wieder in Anwendung bringen. Dazu ist er, wie der Verfasser uns versichert, ganz der Mann, da er eine außerordentliche, mit Takt und Milde gepaarte, aber stets unbeugsame Energie und eine geübte Hand besitze, um Ordnung und Ruhe wieder herzustellen. Das wisse auch der Fürst Bismarck. — Wir wollen dem Verfasser gern glauben, daß der Herr Kardinal die gerühmten Eigenschaften besitze, eins aber können wir nicht recht begreifen: warum er in der letzten Zeit seiner Wirksamkeit in unserer Provinz von diesen schönen staatsmännischen Eigenschaften so gar keinen Gebrauch gemacht hat, um Ordnung und Ruhe zu erhalten. Wenn er jetzt geeignet sein soll, die Wunden zu heilen, warum hat er nicht lieber alles Mögliche gethan, um diese Wunden zu verhindern? Wir verlangen gar nicht einmal, daß er sich hätte von dem Kulturkampf gänzlich fernhalten sollen; warum hat er aber mit geübter Hand diesen Kampf, bei welchem seine Erzdiözesen am meisten gelitten, angefacht, bis zum Aeußersten getrieben und die anderen Bischöfe Preußens dadurch gezwungen, ihm folgen zu müssen? Wenn der Verfasser andeutet, daß man in Berlin von einem höheren Standpunkte die politische Lage betrachte, und daß das Interesse der Staatsregierung eine Heilung des angerichteten Uebels schlechterdings erheische, so können wir nicht begreifen, wie ein Priester dazu berufen sein könnte, politische Angelegenheiten wieder einzurenken. Der preußische Staat ist — wenigstens bis jetzt — noch nicht in der Lage, zur Ordnung seiner Staats- und provinziellen politischen Angelegenheiten sich Hilfe aus Rom kommen lassen zu müssen. Wir hoffen, daß alle die Anerbietungen und Anpreisungen, so dringend sie auch sind, ihren Zweck nicht erreichen werden und der Artikel lediglich Monolog bleiben wird.

— **Wahlen zum Provinzial-Landtage.** Gestern fand in Schrimm durch die Großgrundbesitzer dieses Kreises die Wahl zum Provinzial-Landtage statt. Es wurden einstimmig (mit 16 Stimmen) gewählt: Rittergutsbesitzer St. v. Chlapowski zum Mitgliede des Provinzial-Landtages und zu stellvertretenden Mitgliedern die Rittergutsbesitzer Ludwig v. Karsnicki und Konstantin v. Szaniecki. Die Polen legten bei der Wahl eine große Rührigkeit an den Tag; es waren zwei polnische Reichstagsabgeordnete aus Berlin, sowie ein in Krakau weilender Besitzer erschienen. Deutsche Wähler waren drei erschienen, welche ebenfalls für die genannten drei Herren stimmten. Die Anzahl der Stimmberechtigten im Schrimmer Kreise ist eine verhältnißmäßig geringe, da 12 Güter im Besitz von Frauen, 5 im Besitz von Nichtpreußen sind und andere unter vormundschaftlicher Verwaltung stehen. — Für den Kreis Schildberg findet die Wahl zum Provinzial-Landtage am 16. d. M. in Kempen statt. Wie der „Dziennik Pozn.“ erfährt, beabsichtigen mehrere Polen zu dieser Wahl nicht zu erscheinen, um nicht an dem Diner Theil nehmen zu müssen, welches dem zuständigen Landrath nach der Wahl veranstaltet werden soll. Das demonstrative Verhalten der Polen soll, wie der „Dziennik“ meint, nicht gegen die Person des Landraths, sondern gegen die Regierung, deren Vertreter der Landrath ist, gerichtet sein; eine höchst überflüssige Bemerkung.

⊕ **Ministerielle Entscheidung.** Es sind an verschiedenen Orten Zweifel darüber entstanden, ob provisorisch angestellte Volksschullehrer als öffentliche Lehrer gelten und deren Hinterbliebenen auf den durch das Gesetz vom 24. Februar v. J. auf 250 M. erhöhten Bezug Anspruch haben. Der Unterrichtsminister hat diesen Zweifel im bejahenden Sinne gelöst.

— **Der Deutsche Beamten-Verein** veranstaltet am Sonnabend, den 14. d. Mts. im Tauber'schen Restaurant ein Familien-Kränzchen. Die Rückbeförderung der Vereinsfamilien soll bei schlechtem Wetter mittelst der Pferdebahn erfolgen.

o. **Konzert.** Nach den uns vorliegenden Berichten aus Wien hat das berühmte Damen-Vokal-Quartett dort mehrere Konzerte mit großem künstlerischen Erfolg gegeben. Wir glauben auf das hier am Montag, den 16., stattfindende Damen-Vokal-Konzert im Interesse des musikverständigen Publikums noch besonders aufmerksam machen zu müssen und verweisen auf das in der heutigen Nummer unserer Zeitung enthaltene sehr reichhaltige Programm.

r. **Im Lambert'schen Saale** finden während dieses Winters regelmäßig jeden Sonntag und Mittwoch Konzerte der Kapelle des 1. Niederschlesischen Infanterie-Regiments Nr. 46 unter Leitung des Kapellmeisters Bethge statt. Dieselben erfreuen sich nicht allein Sonntags, sondern auch am Mittwoch stets eines recht lebhaften Besuchs. Es wird in diesen Konzerten meistens eine allgemein ansprechende, gut ausgeführte Unterhaltungsmusik geboten. Am Mittwoch kamen unter Anderem der Mendelssohn'sche Kriegsmarsch aus „Athalia“, die Auber'sche Ouvertüre zur Oper „Feensee“, ein Potpourri aus dem „Troubadour“, die Weber'sche Jubel-Ouvertüre und die Strauß'sche Carmen-Quadrille zur Aufführung. Von den Solo-Piecen erfreuten sich besonderen Beifalls zwei Cello-Soli's, vorgetragen von dem Cellisten Schulz, welcher bekanntlich seine Ausbildung auf dem Konservatorium des Professors Joachim in Berlin erhalten hat, und ein Solo für zwei Trompeten, ausgeführt von den Herren Kuhnke und Köhler.

r. **Zum Besten der Diakonissen-Krankenanstalt** hielt am 10. d. Mts. in der Aula des königl. Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums Hauptmann Münnich einen Vortrag: Leier und Schwert. Der Vortragende ging von dem Spruche des Korans aus: „Wo das Schwert herrscht, ruht die Feder“, und führte, zum Theil aus der Geschichte des Muhamedanismus selbst, den Gegenbeweis, daß Schwert und Feder keine heterogenen Begriffe seien. Die Beschützerin desjenigen Volkes des Alterthums, dessen Leben und Leiden ganz mit der Kunst verbunden war, Pallas Athene, werde mit Schild und Speer bewaffnet dargestellt, und selbst Apollo, der Gott der Künste, sei nach der Mythologie gleichzeitig auch ein trefflicher Bogenschütze gewesen; auch seien bei fast allen Völkern die Anfänge der Dichtkunst von Lobgesängen auf die von Helden vollführten Thaten ausgegangen. Es sei nicht schwer, die Wechselwirkung zwischen Leier und Schwert bei allen Völkern nachzuweisen; doch solle in diesem Vortrage nur von Deutschland die Rede sein. Der Vortragende führte nun weiter aus, wie schon zur Zeit der Römer die alten Germanen ihre Kriegsgesänge erklingen ließen, die den Römern allerdings nicht sehr wohltönend erschienen; wie später die deutschen Landsknechte stets ihre Kriegslieder sangen, wie auch unter dem großen Friedrich es den Soldaten nicht an Liedern fehlte, und wie ebenso in neuester Zeit, in den Feldzügen 1864, 1866 und 1870/71, von den Soldaten Kriegslieder gesungen worden sind. Diese Lieder seien entweder von Unbekannten verfaßt worden und haben dann meistens ein recht derbes volksthümliches Gepräge, oder namhafte Dichter, die im Heere dienten, seien die Verfasser, wie z. B. Ewald v. Kleist, der bei Kunersdorf fiel, Gaudy, Th. Körner ꝛc.; und ebenso haben sich auch auf anderen Gebieten der Dichtkunst, im Drama ꝛc., Angehörige des Heeres, wie z. B. Heinrich v. Kleist, ausgezeichnet; auch während der letzten Kriege seien namhafte Dichter ins Heer eingetreten. — Der Vortragende erläuterte hierauf die Wechselwirkung zwischen Krieg und Dichtkunst und führte an zahlreichen Beispielen aus, wie die Poesie mit Vorliebe für Kriegs-Begebenheiten sich zuwende, vom Nibelungenliede an bis auf die Neuzeit, wie selbst Luther's „Feste Burg“ einen kriegerischen Charakter trage, wie nach den Kriegsliedern des 16., 17. und 18. Jahrhunderts die Dichtkunst zur Zeit der Freiheitskriege ein kriegerisches Gewand anzog (E. M. Arndt, Stegemann ꝛc.), und wie dann in der neueren Zeit das Becker'sche Rheinlied und die „Wacht am Rhein“ aus kriegerischer Stimmung hervorgingen; manche hervorragende Dichter seien dem „Volke“ sogar nur wegen ihrer Soldatenlieder bekannt, so Hauff, Uhland ꝛc. Wie diese Vorliebe für das Soldatenleben sich auch auf die Bühne überträgt, das beweise der Erfolg, den die betreffenden Stücke L. Schneider's, und neuerdings H. Müller's und Moser's (z. B. Krieg im Frieden) errungen haben. — Der Vortragende ging hierauf zu der Wechselwirkung zwischen dem Kriege und den anderen Künsten über und erläuterte zunächst die Beziehung zwischen Krieg und Musik; das deutsche Schwert sei stets von Trompete und Trommel begleitet gewesen, das Volk habe eine besondere Vorliebe für Militärmusik und durch diese fänden neue Melodien (aus Opern ꝛc.) unter dem Volke die weiteste Verbreitung. Wie den Dichtern, ergehe es auch den Komponisten, manche der letzteren seien dem Volke nur durch die Melodien, welche sie für Kriegslieder komponirt haben, bekannt. Es wurden dann vom Vortragenden schließlich die Beziehungen zwischen Schwert und den bildenden Künstlern: Bildhauerei, Malerei und Architektur, erörtert, und auf die zahlreichen Schöpfungen in Deutschland hingewiesen, welche auf diesen Gebieten der Kunst, sei es zur Verherrlichung von kriegerischen Heldenthaten, sei es zu praktischen Zwecken, in älterer wie in neuerer Zeit, geschaffen worden sind.

r. **Historischer Verein zu Bromberg.** Während es in der Stadt Posen leider noch immer an einem deutschen Verein fehlt, welcher sich die Aufgabe stellt, die zerstreuten oder neu aufgefundenen Alterthümer unserer Provinz zu sammeln, besteht in Bromberg bereits seit November 1880 ein derartiger Verein. Wir entnehmen dem gedruckten ersten Jahresbericht desselben Folgendes: Die Anregung zur Gründung des Vereins ist von dem dortigen Stadtrath Franke ausgegangen; Vorsitzender ist gegenwärtig Dr. Guttmann, stellvertretender Vorsitzender Wasserbau-Inspektor Sell, Kassirer Stadtrath Franke, Archivar Oberlehrer Dr. Friebe. Schriftführer Kataster-Kontrolleur Keil. Das nächste Augenmerk des Vorstandes ist darauf gerichtet gewesen, die im Besitz von Privaten oder Behörden befindlichen Fundgegenstände und Sammlungen innerhalb des Netze-Distrikts für den Verein zu sammeln, was bisher, Dank der Unterstützung von verschiedenen Seiten, auch in ziemlichem Umfange gelungen ist, so daß sich bereits eine namhafte Anzahl von prähistorischen Fundstücken, alten historischen Funden und Münzen im Besitze des Vereins befindet; auch ist der Anfang zu einer Bibliothek gemacht worden. Einige werthvolle Antiquitäten (so römische Armbänder, die bei Znin gefunden wurden) sind von dem Vereine angekauft, einige Sammlungen demselben zur Aufstellung übergeben. Mit Genehmigung des königl. Provinzial-Schulkollegiums ist ein Zimmer im Gymnasial-Gebäude zur Aufstellung der Sammlungen eingeräumt worden. Dieselben sind seit Mitte Juni d. J. an drei Tagen der Woche von Mittags bis 3 Uhr Nachmittags gegen ein Entree von 25 Pf. geöffnet. — Der Verein ist ferner bestrebt gewesen, das Interesse möglichst weiter Kreise für die Vereinszwecke zu gewinnen, hat jedoch nach dieser Richtung hin bis jetzt nicht erhebliche Erfolge erzielt. Der dritten Aufgabe des Vereinsvorstandes: Alterthümer und Gegenstände von prähistorischem Werthe aufzusuchen, konnte bisher nur in mäßigem Umfange genügt werden, indem zwei Ausgrabungen (auf dem im Territorium des Ritterguts Lubacz aufgedeckten Steinkistengräberfelde und in der Nähe von Thalheim nach Urnen) durch den Vorstand veranstaltet wurden. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 94; die Einnahmen beliefen sich auf 447 M., die Ausgaben auf 437 M.

r. **Der Bankerott der Firma J. Kratochwill** hat leider zahlreiche Geschäftstreibende unserer Stadt und Provinz in Mitleidenschaft gezogen; die Anzahl derselben beträgt ca. 100. Unter denselben befinden sich in unserer Stadt ein Fabrikbesitzer mit gegen 200,000 M., ein hiesiges polnisches Bankinstitut mit ca. 40,000 M., ein Getreidehändler mit ca. 80,000 M., andere Getreidehändler mit 20,000 M. und darunter, sodann Getreidehändler in Thorn, Bromberg, Inowrazlaw, Gnesen, Kosten, Wreschen, Pudewitz, Nakel ꝛc., welche an die Firma Getreide geliefert haben. Die Gesammtsumme der Passiva beläuft sich auf 1,100,000 M.

Bojanowo, 11. Januar. [Unglücksfall.] Am vergangenen Sonnabend fiel ein Brennereiarbeiter des Dominiums Gußwitz von einer Leiter herab, schlug mit dem Kopf auf die harten Steinfließen und fand sofort den Tod. (N. A.)

△ **Schneidemühl,** 11. Januar. [Diakonissenstation.] Vom 1. Januar ab ist bei der hier im April 1880 begründeten Krankenpflegerinnen-Station für den Kreis Kolmar i. P. eine dritte Diakonissin stationirt, welche in erster Linie außerhalb unserer Stadt, im Kreise, sowohl in den Städten, als auch auf dem platten Lande Verwendung finden soll. Gesuche um Zusendung einer Pflegeschwester sind an den Vorsitzenden des Komites, Superintendenten Grützmacher hier, zu richten.

Stadttheater.

Posen, 13. Januar.

Thatkraft und Energie kann man der Direktion Scherenberg nicht absprechen. Kaum sind die letzten Recitationen verhallt, die ein anhaltendes, interessantes und von der größten Gunst getragenes Gastspiel Barnays mit sich brachte, so wird es auch in der Oper schon wieder lebendig und trägt das Ehepaar Artot-Padilla neue Zugkraft in unser Theater hinein. Ob und wann Frau Desirée-Artot auf der hiesigen Bühne gesungen hat, wissen wir nicht, vor mehreren Jahren hat sie in einem Konzerte gezeigt, wie ihre gesanglichen Vorzüge sich noch nichts von der Zeit haben abtrotzen lassen und auch gestern überraschte die Künstlerin wieder durch die fast ungebrochene Frische, Lebendigkeit und Laune ihres Vortrages. Die wahrhaft ausdauernden Bestrebungen unserer obersten Regie, Bizets „Carmen“ fort und fort, mit allen Variationen, für unsere Bühne fruktifizirend zu verwerthen, hatte gestern dazu geführt, daß auch Frau Artot in der Titelrolle debütirte. Die Künstlerin sang, gewiß zu vieler

Erstaunen, deutsch, mit jener Drolerie, die an Deutlichkeit und Ausdrucksfähigkeit nichts vermissen ließ und ab und zu zu kleinen animirenden Versprechungen Veranlassung bot. Erinnerte uns die gesungene Carmen mit allen ihren Vorzügen an die Eindrücke früherer Konzerte, so ließ sie zugleich auch den Wunsch in uns auftauchen, auch diesmal alle die hübschen Weisen im Rahmen des Konzerts zu hören, denn die gespielte Carmen vermochte uns trotz aller aufgewandten Mittel nicht zu befriedigen. Bühnenrollen sind so innig mit der Bühnenerscheinung verknüpft, daß die weiteste Kunst selbst die weiteste Illusion nicht zu ersetzen vermag; daß diese Carmen einen so berückenden Zauber auszuüben vermöchte, war aber der stete ästhetische Zweifel, der fortlaufend an einer vollen Befriedigung nagen mußte, eine Carmen, die nur das Gehör bestrickt, hört eben auf eine solche zu sein. Schade, daß gesanglich und dramatisch so hohe Talente in der kurzen Spanne Zeit einer viermaligen Wirksamkeit zweimal dazu verurtheilt sein sollen, sich in einem so beengenden äußeren Rahmen zur Geltung zu bringen, schade, daß der bei uns getriebene Carmen-Sport hier nicht nur direkt lähmend wirkt, sondern auch einer wohlberechtigten Erweiterung unseres Opern-Repertoirs bei so günstiger Gelegenheit hinderlich ist.

Man denke nur an eine Donna Anna (Don Juan) eine der bedeutendsten Rollen der Künstlerin und so manches Andere, was auch Herrn Padilla breitere Gelegenheit zur Entfaltung seiner Kräfte geboten hätte. Herr Padilla sang gestern den Escamillo in feiner, fast zu vornehmer Weise, ein schöner edler Klang steht im Dienste der besten Schule und weiß sich die Hörer aufs Beste zu verpflichten. Sehr schön war das Duett mit Carmen im 4. Akte. Sein Auftrittslied im 2. Akte mußte er auf stürmisches Verlangen wiederholen. Herr Padilla sang italienisch. Das Theater war voll besetzt, der Beifall ein häufiger, er traf auch gestern wieder, neben den Gästen, die schönen Leistungen von José-Erdmann und Mikaëla-Fräulein Matthes. Morgen, im „Barbier“ und Montag im „Troubadour“ werden die Künstler Gelegenheit bieten, anerkannt Vollgültiges zu hören. Frau Artot wird ihre ganzen reichen Mittel und Herr Padilla wird vor allen Dingen auch ausgedehnter die seinen zu entfalten in der Lage sein, so daß man musikalisch recht hoffnungsvoll den kommenden Tagen entgegen sehen kann.

th.

Aus dem Gerichtssaal.

△ **Posen,** 11. Januar. [Schwurgericht; Meineid.] Heute kam die nicht uninteressante Sache gegen den Handelsmann Leib Bleimeiß aus Schrimm, der unter der Anklage des wissentlichen Meineides steht, vor dem Schwurgerichte zur Verhandlung. Am 11. März 1875 hatte derselbe mit dem Zimmermeister Bronislaus Neymann einen schriftlichen Vertrag geschlossen, in welchem sich der letztere verpflichtet hatte, für den Angeklagten ein zweistöckiges Gebäude für den verabredeten Preis von 2600 Thlr. zu erbauen. Von dieser Summe sollten 500 Thlr. nach Aufführung der Fundamente, 500 Thlr., nachdem das Gebäude unter Dach gebracht und 500 Thlr. nach der Uebergabe des fertigen Gebäudes fällig sein, während der Rest vom 1. Oktober 1876 ab ratenweise bezahlt werden sollte. Ueber die Zahlung des Preises und darüber, ob das Gebäude anschlagsmäßig aufgeführt worden, entspann sich zwischen Neymann und dem Angeklagten ein Prozeß. Neymann als Kläger behauptete in diesem Prozesse, daß die Beendigung der Fundamente am 1. April, die Richtung des Gebäudes am 1. August 1875 und die Uebergabe am 15. September 1876 erfolgt sei. Da der Beklagte Bleiweiß ihm die ganze 3. Rate und von der 1. Rate noch 100 Thlr. schuldig geblieben sei, beantragte der Kläger, den Beklagten zur Zahlung von 600 Thlr. zu verurtheilen. Bezüglich der Zahlungen behauptete dagegen der Beklagte, daß er auf die 1. Rate dem Kläger am 8. Juli 1875 baar 400 Thlr. gezahlt und ihm außerdem einen später eingelösten Wechsel über 100 Thaler gegeben habe. Daher habe der Kläger die ganze zweite und erste Rate erhalten. Ueber die angeblich gezahlten 400 Thaler überreichte Bleiweiß eine Quittung des Neymann vom 8. Juli 1875, die dahin lautete: 400 Thlr. habe ich von Herrn Bleiweiß à Conto der 1. Rate am heutigen Tage erhalten. Neymann führte dagegen aus, daß die 400 Thlr., über deren Empfang er quittirt, identisch seien mit den von ihm als durch Wechsel gezahlt angegebenen 300 und 100 Thaler. Bleiweiß habe ihm nämlich am 21. Mai einen Wechsel über 300 Thlr. und am 27. August einen über 100 Thlr. gegeben. Die Quittung habe er deswegen schon am 8. Juli ausgestellt, weil Bleiweiß ihm an diesem Tage den vom 27. August datirten Wechsel versprochen habe. Ueber die streitige Thatsache, die Baarzahlung der 400 Thlr., schob Neymann dem Bleiweiß den Eid zu. Bleiweiß nahm den Eid an und schwor am 3. Juli 1877 vor dem damaligen Kreisgerichte zu Schrimm, daß er am 8. Juli 1875 an Neymann diejenigen 400 Thlr. baar gezahlt habe, über welche die Quittung vom 8. Juli lautet. Hierdurch soll sich Bleiweiß nach der Anklage eines wissentlichen Meineides schuldig gemacht haben. Bei seiner heutigen Vernehmung wiederholte Bleiweiß die in dem erwähnten Prozesse gemachten Angaben, bestritt also, sich des ihm zur Last gelegten Verbrechens schuldig gemacht zu haben, räumte dagegen folgendes ein: Es könne sein, daß er dem Neymann außer jenen baar gezahlten 400 Thlrn. und außer dem Wechsel über 100 Thlr. auch einen Wechsel über 300 Thlr. gegeben habe, jedenfalls aber nicht als Zahlung auf die erste Rate, sondern aus reiner Gefälligkeit. Er habe auch diesen Wechsel nicht eingelöst. Den Behauptungen des Angeklagten stehen die Angaben des eidlich vernommenen Neymann, der ebenfalls seine im Civilprozesse aufgestellten Behauptungen aufrecht erhielt, grade entgegen. Er habe von Bleiweiß auf die erste Rate nur die beiden Wechsel über 300 und 100 Thaler, die beide von Bleiweiß eingelöst worden, erhalten. Ein Verwandter des Angeklagten. Der Kaufmann Kunz hat als Zeuge bekundet, daß ihm auf seine Frage an Neymann, weshalb er denn den Bau unterbreche, dieser geantwortet habe, daß er von Bleiweiß kein Geld erhalten könne. In Folge seiner Vermittelung habe dann Bleiweiß dem Neymann einen Wechsel von einem 300 M. übersteigenden Betrage ausgestellt, mit dem sich Neymann, nachdem er den Wechsel girirt, zufrieden gegeben habe. Es wurde auch durch Auskunft der Schrimmer Volksbank resp. durch Vernehmung der Vorstandsmitglieder — bei dieser Volksbank sind die fraglichen Wechsel diskontirt und eingelöst — festgestellt, daß ein vom Angeklagten acceptirter, am 21. Mai diskontirter Wechsel über 300 Thlr. am 8. Juli 1875 und ein von demselben acceptirter, am 9. September 1875 diskontirter Wechsel über 100 Thlr. am 29. November 1875 eingelöst ist. Von wem die Wechsel, namentlich der erste, eingelöst sind, konnte nicht festgestellt werden. Entlastend für den Angeklagten war das unbeeidigte Zeugniß seiner Ehefrau, wonach diese die am 8. Juli angeblich gezahlten 400 Thlr. selbst zugereicht hat. Auch bekundeten der Bäckermeister Hopp und dessen Tochter, daß Neymann, während der Zivilprozeß noch lief, in ihrer Gegenwart geäußert habe, daß Bleiweiß ihm nur noch 1600 Thlr. verschulde. Diese Zeugen bestätigten also die Behauptungen des Angeklagten, der auf die ganze Summe von 2600 Thlr. 1000 Thlr. als 1. und 2. Rate gezahlt haben will. Assessor Witte als Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte, den Angeklagten des wissentlichen Meineides für schuldig zu erklären. Es stehe fest, daß derselbe dem Neymann zwei Wechsel, einen über 300 Thlr. und einen andern über 100 Thlr. gegeben habe. Es sei durchaus unglaubwürdig, daß er den ersten Wechsel aus reiner Gefälligkeit acceptirt habe. Dies sei auch durch das Zeugniß des Kaufmanns Kunz widerlegt. Hiernach erscheine also das Zeugniß des Neymann wahrheitsgemäß, zumal der Angeklagte für die von ihm behauptete Baarzahlung, abgesehen von dem Zeugnisse seiner Ehefrau, keinen Beweis erbracht habe. Der Vertheidiger Rechtsanwalt Dr. Lewinski beantragte bei den Geschworenen die Freisprechung des Angeklagten. Für die Richtigkeit der von diesem behaupteten Baarzahlung spreche vor allen Dingen die anerkannte Quittung vom 8. Juli. Ein Geschäftsmann wie der Zimmermeister Neymann würde niemals eine solche Quittung ausstellen, wenn er nur Wechsel erhalten hätte. Ferner folge daraus, daß Neymann über die auf die zweite Rate gezahlten 500 Thlr. eine vorbehaltlose Quittung ausgestellt habe, daß er wegen der ersten Ratenforderung vollständig befriedigt gewesen sei. Hieraus ergebe sich, daß der Angeklagte 400 Thlr. baar gezahlt und einen Wechsel über 100 Thlr. ausgestellt haben müsse, daß also seine Angaben der Wahrheit entsprächen. Für den Angeklagten falle schließlich das Zeugniß des Bäckermeisters Hopp und dessen Tochter ins Gewicht und der Umstand, daß Neymann erst ungefähr 4 Jahre nach Leistung des fraglichen Eides die Denunziation gegen Bleiweiß eingereicht habe. Der Spruch der Geschworenen lautete: Nichtschuldig des wissentlichen Meineides, weshalb der Gerichtshof auf Freisprechung des Angeklagten erkannte.

△ **Schneidemühl,** 10. Januar. [Meineid.] Vor dem Schwurgerichte stand heute der Fleischermeister Fietzner aus Schönlanke des wissentlichen Meineides angeklagt. Fietzner hatte in der Untersuchungssache wider den Schneidermeister Schulz aus Schönlanke vor der II. Strafkammer des hiesigen Landgerichts am 7. Januar v. J. einen Eid geleistet und sich auf diesen Eid auch am 13. Mai v. J. vor derselben Strafkammer berufen, daß Schulz ihn mit einer Axt am rechten Ohre verwundet hätte, und er später den Schulz und dessen Frau nicht geschlagen. Dieser Eid erwies sich durch die heutige Verhandlung als unrichtig. Fietzner wurde zu 1 Jahre 3 Mon. Gefängniß verurtheilt.

△ **Schneidemühl,** 11. Januar. [Unterschlagung.] Der Postunterbeamte Stephan Posorski aus Wissek war der Unterschlagung und der Urkundenfälschung angeklagt. Er hatte vom Postvorsteher Kluck in Wissek einen Werthbrief mit 850 M. zur Verpackung an die Oberpostkasse erhalten. Diesen Brief unterschlug Posorski am 21. Oktober v. J. Die richtige Postkarte schaffte er auch bei Seite und gab dem Postillon eine von ihm geschriebene Karte mit. Am 25. September v. J. hatte er bereits auch eine Postanweisung aus Amerika, welche an die Manz'schen Eheleute gerichtet war, mit von ihm ausgestellter Quittung versehen und den Geldbetrag von 45,38 M. an sich genommen. Am 8. November war der Angeklagte nach Berlin geflohen, von wo er nach Amerika wollte; er wurde aber in Berlin ergriffen. Der Angeklagte wurde zu 2 Jahren 3 Monaten Zuchthaus und zu 3 Jahren Ehrverlust verurtheilt.

---

* Das Reichsgericht über die Wahrung der Standesehre. Ein Wortwechsel zwischen einem Premier-Lieutenant und dem Zahlmeister desselben Regiments nahm einen sehr unheilvollen Verlauf. Der Zahlmeister beging in der Erregung schwere wörtliche und thätliche Beleidigungen gegen den Lieutenant, worauf dieser den Degen zog und dem Zahlmeister eine tödtliche Verletzung zufügte. Der Zahlmeister starb bald darauf an den Folgen der Verletzung und hinterließ neben einer Wittwe zwei unmündige Töchter. Die Wittwe erhielt eine kärgliche Wittwenpension, welche für ihren eigenen Unterhalt ausreichte, während für den Unterhalt, die Erziehung und spätere Ausstattung der beiden Töchter von dem Verstorbenen nichts hinterlassen war. Die beiden Töchter, vertreten von ihrer Mutter als Vormünderin, klagten gegen den Lieutenant auf Schadenersatz aus §§ 98 ff Th. I, Tit. 6 des Preuß. Allg. Landrechts (Gewährung von Erziehungs-, Verpflegungs- und Ausstattungskosten), da derselbe ihren Vater vorsätzlich getödtet, resp. durch grobes Versehen den Tod ihres Vaters verursacht habe. Der Verklagte machte dagegen geltend, daß ihm ein grobes Versehen nicht zur Last gelegt werden könne, da die Tödtung des Zahlmeisters, der ihn wörtlich und thätlich beschimpft habe, ihm durch seine Pflicht als Offizier geboten gewesen sei. Vielmehr lag bei der That ein grobes Verschulden des Getödteten vor, da dieser als Militärbeamter sich hätte sagen können, daß der Lieutenant für die schweren Beleidigungen auf der Stelle mit der Waffe sich Genugthuung verschaffen werde. Der Lieutenant erbot sich deshalb nur die Kur-, Begräbniß- und Trauerkosten als dem unmittelbaren Schaden zu ersetzen. Das Oberlandesgericht zu Hamm verurtheilte den Lieutenant nach dem Klageantrage, indem es ausführte, daß der Lieutenant sich hätte auf eine Verwundung des Beleidigers beschränken können, um seiner Standesehre („Pflicht als Offizier“) zu genügen. Die Revision des Lieutenants gegen dieses Urtheil wurde vom Reichsgericht, Zivil-Senat, durch Urtheil vom 10. Dezbr. 1881 zurückgewiesen, indem es motivirend ausführte: Die Ausführungen des Berufungsrichters sind nicht dahin aufzufassen, daß er eine gesetzliche Pflicht des Verklagten auch nur zur Verwundung des Zahlmeisters angenommen hätte; wenn er auch in dieser Beziehung von einer Pflicht des Verklagten als Offizier spricht, so präzisirt er dies durch die fernere Ausführung, der Verklagte habe unter dem Einfluß einer Anschauung gehandelt, die ihm seiner Behauptung zufolge die That geboten habe, falls er Offizier bleiben wolle. Danach ist lediglich angenommen, der Verklagte habe von der Waffe Gebrauch machen müssen, wenn er sich nach der Anschauung im Offizierstande das Bleiben in diesem Stande habe möglich machen wollen. Daß das Berufungsgericht eine wirkliche Pflicht des Verklagten zur Tödtung oder auch nur zur Verwundung des Zahlmeisters, d. h. zur Begehung einer strafbaren Handlung nicht hat annehmen wollen, was es nur unter grober Verletzung der Gesetze gekonnt hätte, geht auch daraus hervor, daß es die zivilrechtliche Zurechnung der That wegen des gedachten Beweggrundes nicht für ausgeschlossen erachtet. Die Anwendbarkeit des § 19 Th. 1 Tit. 6 des Allg. L.-R., wonach der mittelbare Schade und der entgangene Gewinn nicht zu ersetzen ist, wenn der Beschädigte bei der Abwendung desselben sich selbst ein grobes Versehen hat zu Schulden kommen lassen, ist auf die Ansprüche Dritter aus schuldbarer Tödtung ausgeschlossen, weil der Schade auch in Betreff des entzogenen Unterhalts, der Erziehungs- und Ausstattungskosten nach §§ 2, 3, Th. I., Tit. 6, Allg. L.-R., ein mittelbarer nicht ist, vom Gesetz nicht bestimmt ist, daß er als solcher behandelt werden soll. Das Berufungsgericht hat dadurch, daß es den Anspruch der Klägerinnen nicht als durch § 19 a. a. O. aufgehoben erachtet hat, die §§ 18, 19, 98—110 a. a. O. nicht verletzt“.

Staats- und Volkswirthschaft.

V. Die Abfälle der Leimfabrikation als Düngemittel. Bei der Fabrikation von Leim aus Thierhäuten, Klauen, Knochen 2c. werden zwei Arten von Abfällen gewonnen, welche beide für Düngungszwecke verwendbar sind, die sogenannten Grubenrückstände und die Kesselrückstände. — Erstere bestehen aus stickstoffhaltigem Kalk, welcher zur Reinigung der leimgebenden Masse gedient hat und enthalten in lufttrockener Form 0,28 Prozent Phosphorsäure und 0,98 Prozent Stickstoff. Sie sind namentlich da anzuwenden, wo man von einer Bereicherung des Bodens mit Kalk oder von den indirekten Wirkungen einer Kalkdüngung, also Entsäuerung sumpfigen Bodens, schnellerer Umsatz der in den Bodenbestandtheilen enthaltenen Nährstoffe 2c. sich Vortheil verspricht. — Die Kesselrückstände bestehen dagegen aus den durch Auskochen entleimten thierischen Abfällen; sie enthalten in lufttrockener Form 3,57 Prozent Stickstoff und 0,54 Prozent Phosphorsäure und bieten demgemäß hauptsächlich ein Material zur Stickstoffbereicherung des Bodens. In den Handel gelangen die fraglichen Abfälle mit einem Wassergehalt von ca. 30 Prozent mehr als sie im lufttrockenen Zustande Feuchtigkeit enthalten, dadurch wird der Gehalt derselben an düngenden Stoffen in etwas herabgedrückt und zwar bei den Grubenrückständen auf 0,20 Prozent Phosphorsäure nnd 0,69 Prozent Stickstoff, bei den Kesselrückständen auf 0,38 Prozent Phosphorsäure und 2,50 Prozent Stickstoff. Unter Garantie des eben angegebenen Gehalts offerirt die Firma Steinhäuser u. Petri in Offenbach a. M. die Grubenrückstände zum Preise von 40 Pfennig, die Kesselrückstände zum Preise von 1 Mark pro 100 Klg. ab Fabrik, und würde darnach in den genannten Abfällen die Phosphorsäure einen Werth von 30 Pf., der Stickstoff einen solchen von 1,20 M. pro Kilogramm repräsentiren. — Es läßt sich hiernach sehr leicht berechnen, ob und in wie weit es unter Berücksichtigung der Transportkosten rentabel erscheinen mag, anstatt sonstiger käuflicher Hilfsdüngemittel die obenerwähnten Abfälle anzuwenden.

** **Oesterreichische Kredit 100 Fl.-Loose de 1858.** 94. Verloosung am 2. Januar 1882. Auszahlung vom 1. Juli 1882 ab bei der k. k. priv. österr. Kredit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu Wien.

Gewinne: à 5000 Fl. Ser. 1270 No. 7, Ser. 1457 No. 57.

a 2000 Fl. Ser. 1796 No. 66, Ser. 2125 No. 7.

a 1500 Fl. Ser. 1077 No. 93, Ser. 1083 No. 84.

a 1000 Fl. Ser. 1077 No. 8, Ser. 1796 No. 46 97, Ser. 2692 No. 44.

a 400 Fl. Ser. 20 No. 68, Ser. 233 No. 43 45, Ser. 401 No. 58 76, Ser. 422 No. 96, Ser. 755 No. 13 17 38 43, Ser. 1077 No. 67, Ser. 1270 No. 38 50, Ser. 1457 No. 38 55, Ser. 1796 No. 8 38, Ser. 2125 No. 14, Ser. 2126 No. 10 29 39, Ser. 2624 No. 10 25, Ser. 2692 No. 26 97, Ser. 2765 No. 48 60 67 78 79, Ser. 3120 No. 11 35 88 96, Ser. 4104 No. 19 83. Die übrigen Nummern obiger Serien erhalten je 200 Fl.

Vermischtes.

* **Für die spottlustige Berliner Gesellschaft,** die immer neue Zielblätter ihrer guten Laune zu finden weiß, haben die Gastspiele von Sarah Bernhardt — obgleich die reklamenumwobene Künstlerin bekanntlich mit Deutschland böse ist — eine eigenthümliche Folge gehabt. Alle Damen nämlich, die sich mit der Pariser Tragödin auf dem Gebiet der . . . Magerkeit vergleichen können, werden seit einiger Zeit mit allerhand ungezogenen Scherzen geneckt, die meist aus den Feuilletons über Sarah Bernhardt ihren Stammbaum herleiten. Man kann aus diesem Quellenmaterial eine Sammlung von „Hyperbeln auf die Magerkeit einer Dame“ zusammenstellen, die den berühmten Haug'schen „Hyperbeln auf Herrn Wahls große Nase“ kaum Etwas nachgäben — und so ist es inzwischen für unsere berliner Lästerzungen ein wahrer Sport des Witzes und der Erfindungsgabe geworden, immer neue Bosheiten gegen jene Damen zuzuspitzen, welchen die Natur die wünschenswerthe Rundung und Fülle der Formen versagt hat. Da wird über eine magere Gesangsschülerin, die sich für die Opernbühne ausbildet, das Gerücht verbreitet, daß sie als — Schatten in „Dinorah“ debütiren will . . . Ein junger Mann, der für das fleischlose Fräulein X. schwärmt, muß sich die Frage gefallen lassen, ob er vielleicht auch in der Liebe — Vegetarianer ist? . . . Eine magere Hofschauspielerin wird lieblos als „eins von den Brettern, welche die Welt bedeuten,“ verspottet, und einer spindeldürren Engländerin, die sich für die nächste Kunstausstellung malen läßt, giebt man den Rath, sich im Katalog als „Allegorie der Fastenzeit“ bezeichnen zu lassen. Auch der Satz aus einem Theatergespräch verdient Erwähnung: „Bei der gestrigen Premiere waren alle Plätze gut besetzt — mit Ausnahme des Fauteuils, auf welchem Frau v. L. saß.“ . . . In der Nische eines Ballsaals flüstert man über Fräulein D.: „Das Eine muß man ihr lassen, ihre Schultern stechen in die Augen — weil sie nämlich zu spitz sind“ . . . und über die erstaunlich magere Frau P. heißt es: „Wie merkwürdig, daß sie decolletirt geht! Als Frau eines Finanzmannes sollte sie doch eigentlich wissen, daß jedes Defizit gedeckt werden muß.“ . . . So wispert und flüstert man in den berliner Salonecken, wo Frau Médisance so gern ihren Cercle hält, mit und ohne Grazie in infinitum, und das ganze unartige Wettrennen der Bosheit hat die böse Sarah Bernhardt verschuldet.

* **Das Ende eines guten Hirten.** Freitag kam ein Bote von der Forovics'schen Puszta, nächst Klein-Becskerek in Ungarn, zu seiner Herrschaft nach Temesvar herein und machte derselben die Anzeige von einem seltsamen Unglücksfalle, der sich daselbst zugetragen. Der Schafhirt der Puszta war mit seiner aus 200 Thieren bestehenden Heerde auf die Hutweide hinausgezogen, um die Thiere daselbst weiden zu lassen. Während des Weideganges kam die Heerde auch an eine jener riesigen Pfützen, wie sich dieselben heuer in Folge des an vielen Stellen zutage getretenen Grundwassers gebildet haben und die in diesem Jahre eine so große Kalamität für unsere Landbewohner bilden. Die Pfütze war zugefroren und der Hirt wollte die Schafe über dieselbe treiben, als die dünne Eisdecke plötzlich unter den dichtgedrängten Thieren einbrach und dieselben bis über den Bauch im Wasser standen, gefangen vom Eise, welches sie nicht mehr losließ. Der Schäfer, die Gefahr erkennend, in welcher seine Heerde schwebte, faßte zur Rettung derselben den Plan, vor denselben das Eis durch sein Körpergewicht zu brechen, damit ihm die Thiere folgen und sich so durch die Straße, die er ihnen bahnen werde, aus dem Wasser retten können. Und so ging es auch eine Weile ganz gut; der Hirt ging vor seiner Heerde her, eine breite Straße im Eise bildend, in welcher ihm die Schafe folgten. Aber die Pfütze schien ein unermeßliches Meer an Größe, die Kräfte verließen ihn, die Nacht brach herein und am Morgen wurde er, in seine Bunda gehüllt, in sitzender Stellung im Wasser erfroren aufgefunden, dicht umdrängt von seiner Heerde, die gleichfalls erfroren war. Das Schicksal des guten Hirten erregt allenthalben in der Gegend bei der Landbevölkerung die größte Theilnahme.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. —
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Steckbriefs-Erledigung.

Der gegen **Romanowski** in Nr. 919 unterm 29. Dezember 1881 erlassene Steckbrief ist erledigt.

Konkursverfahren.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns **Michael Marcus**, in Firma **M. Marcus** zu Buk wird heute am 2. Januar 1882, Vormittags 11 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann **Julius Cohn** zu Grätz wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum

25. Februar 1882

bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

Sonnabend,
den 28. Januar 1882
Vormittags 11 Uhr,

und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Dienstag,
den 28. März 1882,
Vormittags 11 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum

25. Februar 1882

Anzeige zu machen.

Grätz, den 2. Januar 1882.

Königliches Amtsgericht.

Zur Beglaubigung:
Melke,
Gerichtsschreiber.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe **Psarskie**, Kreis Posen, unter Nr. 8 belegene, dem Wirth **Friedrich Wilhelm Korzyce** gehörige Grundstück, welches mit einem Flächen-Inhalte von 18 Hektaren 63 Aren 65 Quadratstab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer Reinertrage von 119 Mk. 88 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 75 Mark veranlagt ist, soll behufs Zwangs-Vollstreckung im Wege der

nothwendigen Subhastation
am 18. Februar 1882,
Vormittags 10 Uhr,

im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 5, am Sapiehaplatze hier, versteigert werden.

Posen, den 16. Dezember 1881.

Königl. Amtsgericht.
Abtheilung IV.
Dr. Traumann.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Trzemeszno belegene, im Grundbuche von Trzemeszno Blatt Nr. 20 eingetragene, der Wittwe und den Erben des **Andreas Szostak** gehörige Ackergrundstück, welches mit einem Flächeninhalte von 9 ha 15 a 20 qm der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuerreinertrage von 71,4 M. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 15 Mark veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation

den 15. Februar 1882
Vormittags um 11 Uhr,

im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 4, versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, die beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes von dem Grundstücke und alle sonstigen, dasselbe betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufs-Bedingungen können im Bureau des unterzeichneten Königlichen Amtsgerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigenthumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypothekenbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungstermine anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

den 18. Februar 1882
Mittags um 12 Uhr,

im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 4, anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Koschmin, den 22. Dez. 1881.

Königl. Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in der Stadt Santomischel unter Nr. 19 belegene, den Kaufmann **Samuel** und **Mine** geb. **Kurnik-Schreyer**'schen Eheleuten gehörige Grundstück, dessen Besitztitel auf den Namen der Genannten berichtigt steht und welches mit einem Flächeninhalte von 33 a 70 qm der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 3,30 Mark und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 261 Mark veranlagt ist, soll im Wege der nothwendigen Subhastation

den 13. Februar 1882
Nachmittags um 2 Uhr

im Lokale des Gastwirths Henschke in Santomischel versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, die beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes von dem Grundstücke und alle sonstigen das Grundstück betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufs-Bedingungen können in der Gerichtsschreiberei III des unterzeichneten Gerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigenthumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Grundbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche zur Vermeidung der Präklusion spätestens im Versteigerungstermine anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlages wird in dem auf

den 14. Februar 1882
Vormittags 11 Uhr,

im Geschäftslokale des unterzeichneten Gerichts anberaumten Termin öffentlich verkündet werden.

Schroda, den 22. Dez. 1881.

Königl. Amtsgericht.

Das in dem Dorfe Rojewo, Kreis Buk, unter Nr. 1 belegene, dem Einwohner **Dienegott Ziebell** gehörige Grundstück, welches mit einem Flächeninhalte von 15 ha 19 a 40 qm der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 20,12 Thlr. u. zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 78 M. veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation

den 14. März 1882,
Vormittags um 11 Uhr,

im Gerichtsgebäude hier, Zimmer Nr. 9 versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, die beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes von dem Grundstück und alle sonstigen, dasselbe betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufs-Bedingungen können in der Gerichtsschreiberei II des unterzeichneten Königl. Amtsgerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigenthumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypothekenbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche bis zum Erlaß des Urtheils anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in demselben Termine öffentlich verkündet werden.

Grätz, den 27. Dezbr. 1881.

Königliches Amtsgericht.

Montag den 16. Januar k. J., von früh 9 Uhr ab, werde ich die im **Lombard W. Pade**, St. Martin 5, verfallenen Pfänder meistbietend versteigern.

Sieber, Gerichtsvollzieher.

Oeffentliche Versteigerung.
Verkauf einer Nachlaßsache.

Dienstag, den 17. Januar,
von Vormittags 10 Uhr ab,

werde ich in Wielonek bei Scharfenort folgende Sachen gegen baare Zahlung öffentlich meistbietend verkaufen:

2 Kutschpferde, 2 Ackerpferde, 2 einjährige Fohlen, 6 Kühe, 3 Fersen, 2 einjährige Ochsen, 4 große fette Schweine, 3 kleinere Schweine, 1 Zuchtsau, Hühner, Enten und Tauben, 1 Kutschwagen, 1 Korbwagen, 2 Ackerwagen, 3 Pflüge, Eggen, mehrere Pferdegeschirre, eine ganze Hauseinrichtung, Betten, Kleidungsstücke, Wäsche, 1 Pelz u. s. w.,

ferner am

Mittwoch, den 18. Januar,
von Vormittags 10 Uhr ab,

daselbst ungefähr

1000 Scheffel Kartoffeln und einiges Getreide.

Samter, den 11. Januar 1882.

Kaysser,
Gerichtsvollzieher.

„Herzlichen Dank für freundl. Zusendung der Broschüre **„Krankenfreund“**, aus welcher ich ersehen, daß auch veraltete Leiden, wenn die richtigen Mittel angewendet werden, noch heilbar sind. Mit freudigem Vertrauen auf endliche Genesung von langjährigem Leiden, bitte um Zusendung von 2c.“ — Derartige Dankesäußerungen laufen sehr zahlreich ein und sollte daher kein Kranker versäumen, sich die in Richter's Verlags-Anstalt, Leipzig, bereits in **500. Aufl.** erschienene Broschüre **„Krankenfreund“** kommen zu lassen, um so mehr, als ihm keine Kosten daraus erwachsen, da die Zusendung gratis und franko erfolgt.

Meine vollständig eingerichtete, am Markte in Kostrzyn belegene

Schmiede

ist sofort oder v. 1. April zu verpachten.

E. Matulke, Kostrzyn.

Haidegries

empfiehlt a Ztr. inkl. Sack 17 M. 50 Pf. gegen Nachnahme ab **Pristewitz.**

F. W. Gehre, Haidegriesfabrikant, **Goltzscha** bei Pristewitz i. S.

Ich kaufe jedes Quantum **amerikanischer Petroleum-Barrels** um höchsten Marktpreise franko **Hamburg, Bremerhaven** oder **Stettin** geliefert gegen netto Cassa, auch zahle ich Cassa gegen Duplikat-Frachtbrief und notire Preise ab mir bekannten Bahnstationen.

E. Lazarus, Altona.

Breslauerstraße 2,
2 frdl. Zimmer nebst **Küche** und Wasserl., 1 Tr., zu verm. Näheres 2 Treppen.

Eine Färberei

oder passende **Räumlichkeit zur Färberei** wird **zu miethen gesucht**. Adressen mit nähere Angabe bitte zu richten an **F. Barschel Söhne, Berlin**, Thurmstraße 12

Rüchen, Spitzen, Atlasbänder 2c. 2c. verkaufe zu herabgesetzten, außergewöhnlich billigen Preisen.

Louis Kaempfer,
Markt- u. Wronkerstr.-Ecke 91.

Leere Petroleum-Fässer

kauft jedes Quantnm, à 3 M. 20 Pf. pro Stück von hiesigen Herren Kaufleuten, von **auswärtigen** nach **vorheriger** Vereinbarung.

J. Blumenthal
in **Posen.**

Gegenwärtig mit dem Satz des Inseratentheils zum

Posener Adreßbuch

beschäftigt, machen wir das geschäftstreibende Publikum ergebenst darauf aufmerksam, daß in Folge eines zahlreicheren Abonnements das Buch in einer wesentlich größeren Auflage als früher erscheint und demnach



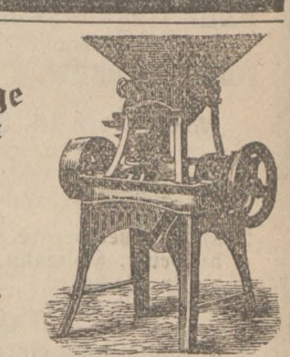
durch dasselbe die wirksamste Verbreitung finden. Aufträge werden erbeten und bis auf Weiteres entgegengenommen.

Hofbuchdruckerei W. Decker & Co.



Viehwaagen mit eisernem Gitter, Decimalsystem, bei ungleichmäßiger Belastung nicht kippend.

Wanzlebner — Untergrund—Pflüge
Häckfel-Maschinen
verschiedener Art,
Oelkuchenbrecher,
Kartoffel-
und
Rübenschneider



Schrotmühlen,
verbess. amerik. System.

Offeriren. sowie andere landwirthschaftliche Maschinen und Geräthe

Gebr. Lesser, Filiale Posen, Kl. Ritterstraße 4.

Vertreter für Ruston, Proctor & Comp. in Lokomobilen und Dampfdreschmaschinen.

Geschäfts-Verkauf.

Ein sehr rentables **Manufaktur- und Leinen-Detail-Geschäft** in bester Lage **Breslau's** mit fester Kundschaft ist wegen vorgerückten Alters des Inhabers zu verkaufen. Adr. sub **P. 15** postlagernd **Breslau** erbeten.

Pr. Lott.-Loose 4. Klasse 20. Januar—4. Februar **Originale** $\frac{1}{1}$, $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ 72 M., **Antheile** $\frac{1}{8}$ 30 M., $\frac{1}{16}$ 15 M., $\frac{1}{32}$ 7,50, $\frac{1}{64}$ 4 M. versenden **Borchardt Gebrüder**, Berlin W. Friedrichstr. 61.



Schleswig-Holsteinische Landes-Industrie-Lotterie
zum Besten
der Krankenpflege des Johanniter-Ordens und hülfsbedürftiger Schleswig-Holsteinischer Invaliden aus den Jahren 1848 bis 1851.

25,000 Loose und 6250 Gewinne.

Ziehung der 2. Klasse am 25. Jan. 1882.

Hauptgewinne der 2. Klasse:

1 Mobiliar von Nußbaum, Werth 2200 Mark, 1 Gewinn: 1 Divan mit 2 Kissen, 6 Stühle, 1 Sofatisch, 1 f. g. Smyrna-Teppich, Werth 900 M., 1 Gewinn: 1 Pianoforte, 1 Bock, Werth 795 M., 1 Pianoforte, Werth 720 M., 1 Gig, Werth 500 M., 5 Gewinne: 1 gold. Herren-Uhrkette, Werth 760 M.

Erneuerungsloose à 1,50 M., Kaufloose à 2,25 M. sind zu haben in der **Exped. d. Pos. Ztg.**

Melbourne 1881. — I. Preis — Silberne Medaille.

Spielwerke

4-200 Stücke spielend; mit oder ohne Expression, Mandoline, Trommel, Glocken, Castagnetten, Himmelsstimmen, Harfenspiel 2c.

Spieldosen

2—16 Stücke spielend; ferner Necessaires, Cigarrenständer, Schweizerhäuschen, Photographiealbums, Schreibzeuge, Handschuhkasten, Briefbeschwerer, Blumenvasen, Cigarren-Etuis, Tabaksdosen, Arbeitstische, Flaschen, Biergläser, Portemonnaies, Stühle 2c., Alles mit Musik. Stets das Neueste und Vorzüglichste empfiehlt

J. H. Heller, Bern (Schweiz).

☞ Nur direkter Bezug garantirt Aechtheit: illustrirte Preislisten sende franco.

100 der schönsten Werke im Betrage von 20,000 Francs kommen unter den Käufern von Spielwerken vom November bis 30. April als Prämie zur Vertheilung.

Gesucht wird eine große Partie **Eichene Bohlen.** Näheres zu erfragen im Bureau Mühlenstraße Nr. 27, 2 Tr.

Empfehlung.

Herr Maschinenbauer **Nitkowski** aus **Obersitzko** hat zu meiner größten Zufriedenheit in meiner Mühle Reparaturen ausgeführt und auch Metallsouren geliefert Meinen Herren Kollegen kann ich Hrn. Nitkowski bestens empfehlen.

F. Barm,
Mühlenbesitzer, Wroblewo-Mühle.

Ein **junger Mann** (mos.) in einer kleineren Provinzialstadt, von angenehmem Aeußern u. gebildet, mit einem bedeutenden Vermögen und alleiniger Inhaber eines bereits seit 50 Jahren bestehenden flotten und sehr rentabeln Geschäftes, sucht eine Lebensgefährtin mit ca. 20 Mille Thaler Vermögen. Eltern oder Vormünder, welche auf dieses wirklich reelle Heirathsgesuch reflektiren, wollen ihre Adresse mit den nöthigen Andeutungen an die Expedition dieses Blattes unter **A. L.** 12345 abgeben. Diskretion selbstredend.



11 Mal prämiirt, zuletzt Sydney 1879; London und Frankfurt a. M. 1881.

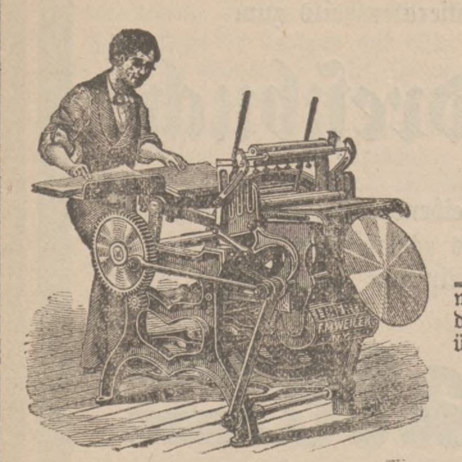
Neuheit:

Liebe's Diastase-Extract,

Verdauungsextract für stärkemehlhaltige Speisen. Dieses wohlschmeckende Präparat aus dem gekeimten und getrockneten Gerstenkorn durch sorgsame Maischung gewonnen, im Vacuum eingedampft und daher das Eiweiß und die gesammte aktive Diastase des Keimlings enthaltend, hat die Eigenschaft, Mehlspeisen jeder Art bei gleichzeitigem Genusse sehr schnell **löslich** d. i. **aufnahmefähig** zu machen. Dem bekannten Malzextrakt nahestehend, aber dasselbe an Wirksamkeit übertreffend, ist seine Verwendung sowohl bei den **Leiden** der **Respirationsorgane**, als bei **Verdauungsschwäche angezeigt.** Flaschen zu 300 g. M. 1,00, 180 g. M. 0,60. Depot **Radlauers** Rothe Apotheke.

Ziegelsteine

im Freien zu streichen und brennen übernimmt Ziegelmeister und Unternehmer **A. Schomann** in **Schlangen** Lippe-Detmold.



Den Herren **Buchdruckerei-Besitzern, Steindruckereien** und **Papierhändlern** empfehle ich hierdurch zur vortheilhaften Anschaffung

meine bestens renommirten und vielfach prämiirten

Original-Amerikanischen

„Liberty" Tiegeldruck-Accidenz-Maschinen,

welche sich durch **sauberen Druck** und **leichten Gang** vor allen anderen Pressen dieser Art auszeichnen. Ueber Neun Hundert derselben wurden in wenigen Jahren im deutschen Reiche verkauft und erfreuen sich überall der wohlverdienten Beliebtheit. Dieselben sind in vier Größen auf Lager und ertheile ich auf Wunsch Auskunft und übersende portofrei illustrirte Prospekte.

Coulante Zahlungs-Bedingungen.

Fedor Freund in **Breslau, Freiburger Strasse 36.**

Filiale von F. M. Weiler's Liberty Machine Works, New-York.

Bazar-Saal.

Concert

Damen-Vocal-Quartett.

Anna Regan-Schimon, I. Sopran, **Minna Bingenheimer**, II. Sopran.
Anna Lankow, I. Alt, **Louise Pfeiffer van Beck**,

Montag, den 16. Januar 1882, Abends 7½ Uhr,

Programm:

I. Abtheilung.

1. **Fr. Schubert.** 23. Psalm, op. 132 (vierstimmig mit Begleitung).
2. a) **J. Rheinberger.** „Gute Nacht" } a capella (alle zwei
   b) **Heinr. Hofmann.** „Im Frühling" } Manuskript).
3. a) **Fr. Lachner.** „Mondscheinnacht".
   b) **Arnold Krug.** „Die Maikönigin".

II. Abtheilung.

4. a) **Psalm nach einer hebräischen** Melodie.
   b) **Aus dem hohen Liede Salomons** von **Valentin Alkan**, vierstimmig gesetzt von Adolf Schimon.
5. a) **R. Schumann.** „Der Wassermann".
   b) **Max Zenger.** „Wie die wilde Ros".
   c) " " „In ein Mädchen sich verlieben".
6. a) **Ferd. Hiller.** „Liedesgruß" (Manuskript).
   b) **Eduard Grieg.** „Klein Haakon".

*** „**Altfranzös. Tanzlied**" (17. Jahrhundert), **vierstimmig** gesetzt von **Adolf Schimon.**

Nummerirte Sitzplätze a **2 Mk.**, Balcon **1 Mk.** sind **vorher** zu haben in der **Hof-Buch- u. Musikalien-Handlung** von

Ed. Bote & G. Bock.

Kassenpreis:
Nummerirte Sitzplätze **3 Mk.**, Stehplätze **1,50 Mk.**

Möbl. Zimmer sofort z. verm. St. Martin 15 Seitenfl. III.

Ein geräumiger
Lagerkeller
ist zu verm. Gr. Gerberstraße 43.

Sapiehaplatz 2, 3 Tr., e. Wohn. v. 4—6 Zimm. sof. od. z. 1. April zu vermiethen.

Umzugshalber ist
Sandstraße 8
eine Wohn. v. 4 resp. 5 Z. i. 1. St. ganz oder getheilt zu vermiethen.

Breslauerstraße 14
3 bis 4 Stuben Beletage vom 1. April, 1 möblirte Stube und 2 Stuben sofort zu vermiethen, Stall oder Remise.

Ein **Lehrling** wird gesucht.
S. Kronthal & Söhne.

Ein zweiter **Beamte**, energisch, pflichttreu, schriftlichen Arbeiten gewachsen, kann sofort eintreten Dom. **Lischkowo** bei Güldenhof.

Für ein Herren-Garderobengeschäft wird per sofort ein mit der Branche vertrauter, der deutschen und polnischen Sprache und Buchführung mächtiger
junger Mann
gesucht. Reflektanten mit guten Zeugnissen wollen ihre Bewerbung unter **E. R.** in der Expedition der Posener Zeitung abgeben.

Eine in einer Provinzialstadt Polens ansässige Familie wünscht
eine Gouvernante
zu engagiren, die perfekt deutsch u. französisch spricht, in diesen Sprachen und in der Musik Unterricht ertheilen kann. Offerten werden an die Adresse des Hrn. **A. Honius, Thorn** erbeten.

Eine junge Dame
(mosaisch) findet zur Pflege und Stütze der kränklichen Hausfrau sofort Stellung. Meldungen unter **L. 100** postlagernd Mogilno.

Zur Stütze der Hausfrau
wird eine bereits in ähnlicher Stell. gewesene Dame zu sofort, für 1 bis 1½ Monate gesucht. Reiseentschäd. zuges. Offerten zu richten nach
Janowitz — Apotheke.

Ein sehr anständ., deutsch., energischer, d. poln. Sprache mächtig.
Wirthschafts-Inspektor,
32 Jahre alt, sehr solide, wünscht vom 1. April oder 1. Juli cr. anderw. Engag. mögl. selbstst. od. auf einem Nebengute. Gef. Off. unt. **B. N.** Exped. d. Ztg.

Eine tücht. Wirthschafterin
findet in Ustkow bei Krotoschin sofort Stellung. Als Hauptbedingung gilt persönliche Vorstellung, Kenntniß der polnischen Sprache und Uebernahme der herrschaftlichen Küche mit Hilfe eines Küchenmädchens.
F. Koeppel.

Agent gesucht.
Eine **Staniol- u. Metallkapseln-Fabrik** (Flaschenkapseln) sucht für Hier und Umgegend einen tüchtigen Agenten. Frco.-Offerten sub **A. 5948** an **Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.**

Einen Lehrling
mit guter Schulbildung sucht unter günstigen Bedingungen die Kurzwaaren-Handlung en-gros
N. & J. Kantorowicz.

Eine auch zur Beihülfe im Haushalte willige, erfahrene Kindergärtnerin wird bei guten Zeugnissen z. 1. Februar cr. gesucht. Baldige Meldungen postlagernd **M. Posen** mit Gehaltsanspruch erbeten.

Ein brauchbare gute **Amme** mit guter Nahrung wird empfohlen.
Miethsbureau Gr. Ritterstr. 8.

Ein junger Mann, welcher das 6. Jahr in der Stabeisen-, Eisenkurzwaaren- u. Baumaterialien-Branche thätig ist, sucht per 1. April Veränderungs halber Stellung, wenn auch in einer anderen ähnlichen Branche. Selbiger ist mit der einf. Buchführung vertraut und hat auch schon kleine Reisen gemacht. Off. erbeten in der Annoncen-Exped. des **M. Seegall**, Neuestr. 11.

Das Depot Markt 90, Posen,
der
H. Henninger'schen Exportbrauerei in Erlangen,
gegründet 1816, giebt gesunde, kräftige und haltbare Biere nur in Original-Gebinden ab und ist daher jeder Abnehmer vor gefälschtem Bairischen Exportbier gesichert.
J. Fuchs,
Vertreter für Posen und Provinz.

Ein anständiger
junger Mann,
im Schreiben und Lesen gut geübt und polnisch spricht und als Diener bei einem Herren thätig gewesen, sucht vom 1. Februar ähnliche Stell. oder eine leichte Faktorstelle in einem Geschäft. Gehalt nach Uebereinkunft. Um gütige Offerten bittet
Gottlieb Czialla
in Gilgenburg Ostpr.

Ein Commis,
Manufakturist, der polnischen Spr. mächtig, tüchtiger Verkäufer, kann sich bei uns unter Einreichung seiner Zeugnisse, Angabe seiner Ansprüche zum Eintritt am 1. resp. 15. Februar cr. melden.
Gebr. Jacobsohn, Thorn.

Ein
kautionsfähiger Schäfer
und ein mit Maschinenarbeit vertrauter
Schmied,
beide gut empfohlen, finden zum 1. April d. J. Stellung auf dem Dom. **Pietrunke b. Kolmar i. P.**
Felsch.

Ein tüchtiger verheir. **Gärtner,** mit guten Zeugnissen versehen, sucht Stellung zum 1. März od. zu Marien.
Borkendorf bei Kramske.
August Kutz,
Gärtner.

Zuckerfabrik.
Eine erste **Kesselschmiede** der **Provinz Sachsen,** welche sich speziell mit **Einrichtung** von **Zuckerfabriken** und **Brennereien** befaßt, sucht einen tüchtigen Vertreter mit Ia. Referenzen.
Meldungen beliebe man sub **N. T. 857** an **Haasenstein & Vogler,** Magdeburg, gelangen zu lassen.

Eine mit gut. Zeugn. geprüfte, musik., evang. **Erzieherin** sucht zum 1. April eine Stelle. Zu erfragen bei Fr. **Holl, Kl. Rambin,** p. Gr. Rambin, Pommern.

Ein Primaner mit guten Zeugnissen sucht u. den bescheidensten Ansprüchen eine **Hauslehrerstelle.** Er ertheilt in allen Lehrgegenstd. b. Secunda (incl.) Unterricht. Off. u. **R. G.** in der Exped. d. Pos. Zeitung.

Ein der deutschen und polnischen Sprache mächtiger, unverheiratheter, deutscher Wirthschaftsbeamter im Alter von 28 Jahren, der auf mehreren größeren Gütern als solcher angestellt gewesen ist, darüber die besten Zeugnisse aufzuweisen hat, und von seinem jetzigen Prinzipal bestens empfohlen wird, sucht wegen Wirthschaftsveränderung vom 1. April ab anderweitiges Unterkommen. Gef. Offerten werden unter **B. C.** postlagernd **Czempin** erbeten.

Ein **zuverlässiger**
Feldmessergehilfe,
Zeichner, findet sofort Beschäftigung. Adr. i. d. Expd. d. Ztg. sub V. v. F.

Ein **Schadchen**, der in beff. Fam. eingeführt, wird gesucht. Adr. unt. **Z. 3** Exped. d. Ztg.

Ein deutscher, unverheiratheter
Gärtner
findet hier zum 1. März Stellung bei 180 Mark festem Gehalt und freier Station.
H. Windell,
Sroczyn bei Pudewitz.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Kreuzkirche. Sonntag d. 15. Jan. Vorm. 8 Uhr: Abendmahl. Um 10 Uhr Predigt: Herr Pastor Zehn. Nachmittags 2 Uhr Herr Superintendent Klette.

St. Pauli-Kirche. Sonntag, den 15. Januar. Vormittags 9 Uhr: Abendmahlsfeier: Herr Pastor Schlecht. Um 10 Uhr Predigt: Herr General-Superintendent D. Geß. (11½ Uhr Sonntagsschule.) Abds. 6 Uhr Herr Konsistorial-Rath Reichard.
Freitag den 20. Januar, Abends 6 Uhr, Gottesdienst: Hr. Konsist. Reichard.

Petri-Kirche. Sonntag den 15. Januar. Vorm. 10 Uhr Predigt: Herr Diakonus Schröder. (11½ Uhr Sonntagsschule.) Nachmittags 2 Uhr Christenlehre: Herr Diakonus Schröder.

Garnisonkirche. Sonntag den 15. Januar. Vorm. 10 Uhr, Predigt: Herr Militär-Oberpfarrer Textor. (11½ Uhr Sonntagsschule.) Abends 6 Uhr: Bibelstunde: Herr Divisions-Pfarrer Meinke.

Evangelisch-luth. Gemeinde. Mittwoch den 18. Januar, Abends 7½ Uhr: Herr Superintendent Kleinwächter.

In den Parochien der vorgenannten Kirchen sind in der Zeit vom 6. bis 13. Januar:

Getauft 14 männl., 10 weibl. Pers.
Gestorb. 6 " 5 " "
Getraut 5 Paar.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung unserer jüngsten Tochter **Emma** mit Herrn **Max Schoenlank** aus Posen beehren wir uns hierdurch ergebenst anzuzeigen.
Crone a. Br., den 11. Jan. 1882.
A. S. Alexander und Frau.

Emma Alexander,
Max Schoenlank.
Verlobte.

Die Verlobung ihrer Nichte **Bertha Grien** mit dem Kgl. Post-Sekretär Herrn **Reichenbach** hierselbst beehren sich ergebenst anzuzeigen.
Schrimm, im Januar 1882.
Behrendt,
Amtsgerichts-Sekretär u. Frau.

Statt besonderer Meldung.
Die Verlobung unserer einzigen Tochter **Martha** mit dem Brauereibesitzer Herrn **Heinrich Stock** in **Posen** erlauben wir uns ergebenst anzuzeigen.
Inowrazlaw, im Januar 1882.
Ch. Volkmann,
Zimmermeister, und Frau
geb. **Rösler.**

Michaelis Cohn,
Malwine Cohn,
geb. **Cohn.**
Vermählte.
Wreschen Grätz.

Am 12. Januar, früh 6 Uhr, entschlief meine innig geliebte Frau **Bertha Stein** geb. **Nückel.**
Beerdigung findet Sonntag, 15. d., Nachmittags 3 Uhr statt.
Samter, d. 12. Januar 1882.
Stein,
Beritt. Steuer-Aufseher.

S. 14. I. A. 8 Clubabend
M. 18. I. A. 7½ J. I.
Kosmos M. d. 16. I. 82. A. 8 U. L. **Vortrag.**

Handwerker-Verein.
Montag, den 16. Januar, Abends 8 Uhr:
Freie Besprechung
über:
Zucker-Fabrikation.

Zu der am **Montag, den 16. Januar** in **Lambert's** Saal zum Besten der Errichtung von
Ferienkolonien
für arme kranke Kinder der Stadt Posen
stattfindenden Aufführung des Allgemeinen Männer-Gesang-Vereins ladet alle Gönner und Freunde unserer Bestrebungen ebenso dringend wie ergebenst ein.
Das Komité für Errichtung der Ferienkolonien.

Die Generalversammlung
des Vereins zur Unterstützung der Landwirthschafts-Beamten im Großherzogthum Posen
findet statt
Sonntag,
den 26. Februar c.,
um 12 Uhr Mittags, im **Grand Hôtel de France,** auf welche wir die Herren Delegirten hiermit gefälligst einladen.
Posen, den 14. Januar 1882.
Der Vorstand.
Leon v. Karłowski.

Apotheker **Szitnick's Gicht- und Rheumatismuspflaster** — das bewährteste Mittel gegen alle rheumatischen und die durch Erkältung erzeugten Krankheiten, wie Gliederreißen, Kopf-, Zahn-, Brust- und Halsschmerzen, Stiche im Kreuz und in der Brust, Husten, Kehlkopfentzündung, Heiserkeit, Schwere im Kopf und Appetitlosigkeit — vorräthig in Rollen à 1 M. n. Gebrauchsanw. bei den Herren: Apotheker **Kirschstein**-Posen, **Memelsdorf**-Gnesen, **Neugebaur**-Krotoschin, wie in den Apotheken zu Bomst, Margonin 2c.

Feines großes **Halte-Obst** (Aepfel u. Birnen) per 100 Stück inkl. solid. Verp. zu 5 M. versendet gegen Baar-Einsendung **J. C. Reinhardt** in **Wachenheim** a. d. Haardt.

Freiwilligen-Examen.
Neue Curse haben begonnen.
Auch Privatstunden.
Posen, Friedrichsstrasse 19.
Dr. Theile.

Gefunden: ein Portemonnaie m. Inhalt. Abzuholen Bergstraße Nr. 15, 2 Treppen.

Heute Sonnabend **Eisbeine.**
L. Joseph, Wiener Tunnel.

Jeden Sonnabend
Eisbeine.
W. Sobecki,
Schloßstr. 4.

Heute Abend
Eisbeine
bei **C. Niebel,** St. Martin 62.

Zum **Wurstabendbrot u. Tanzkränzchen** ladet heute ergebenst ein **J. Methner** in Jerzyce.

Stadt-Theater.
Sonnabend, den 14. Januar 1882: Zweites Gastspiel der **Mad. Artot** und Herrn **Padilla:**
Barbier von Sevilla.
Sonntag, den 15. Januar: Vorletztes Gastspiel der **Mad. Artot** und Herrn **Padilla:**
Carmen.
Montag, den 16. Januar 1882:
Der Troubadour.

B. Heilbronn's
Volks-Theater.
Sonnabend, den 14. Januar 1882: **O, diese Weiber.** Posse mit Gesang in 3 Akten und 5 Bildern.
Nach der Vorstellung: **Großer Ball.**
Mittwoch, den 18. Januar c.:
Erstes Sinfonie-Konzert.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Frl. Emilie Philipsborn mit Kaufmann Julius Seelig in Berlin. Frl. Paula Löwenthal mit Regierungs-Assessor Dr. Julius Pieck in Köln-Bromberg. Frl. Emma Lappe mit Hausbesitzer Hermann Holtzermann in Stade-Groß-Schenkenberg bei Lübeck. Frl. Clara Brunsig Edle v. Brun mit Hrn. Dr. Arthur Kleinschmidt in Heidelberg.

Verehelicht: Dr. med. Richard Gaul mit Frl. Minna Kühl in Stolp.

Geboren: Ein Sohn: Herrn Franz Lemm in Zehdenick, Hauptm. Frantz in Gr. Lichterfelde, Prediger C. Albertz in Alte Neustadt b. M., Dr. med. Nesemann in Soldin, Amtsvorsteher Gordey in Pelplin, Dr. med. J. Rupp in Königsberg. — Eine Tochter: Lieut. Seiffert in Strehlen. Lieuten. v. Berg in Hannover.

Gestorben: Frau Rent. Schneider, geb. Schneider, in Nieder-Schönhausen bei Pankow. Frau Henriette Hensel, geb. Wildenow, in Strehlen bei Dresden. Frau Caroline Schmolt, geb. Holzapfel, in Berlin. Amtsrath u. Rittergutsbesitzer August Bodenstein in Nedlitz. Verw. Frau Wilh. Notzoll, geb. Sellien, in Langfuhr. Gutsbesitzer Ernst Korn in Masuren. Major Weber, Tochter Edith, in Chemnitz. Rendant Carl Bürkner in Neuzelle. Verw. Frau Prediger Becker, geb. Lehmann in Brandenburg. General-Major z. D. Rudolf v. Erhardt in Hannover.

Für die Inserate mit Ausnahme des Sprechsaals verantwortlich der Verleger.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.